

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anstaltsleiter: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Sonntagabend, den 17. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Dom Bäckerkrise.

Die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Preußen bringen aus 15 Bezirken Mittheilungen über die Wirkung, welche die Bäckerverordnung des Bundesraths ausgeübt hat. Am 1. Juli 1896 war sie in Kraft getreten, bis zum letzten Augenblick hatten die Bäckermeister protestirt und petitionirt, um dies zu verhindern, und die Junker, Arm in Arm mit Eugen Richter, hatten Verwahrung eingelegt gegen diesen Eingriff in das angestammte Ausbeutungsrecht der Meisterschaft gegen ihre Gehilfen. Letztere hatten — und mit vollem Recht — mehr Schuh erwartet; der zwölfstündige Maximal-Arbeitstag ist ja eigentlich auch ein Hohn auf wirklichen Arbeiterschutz! Aber sie gaben sich vorläufig zufrieden und erkannten den Fortschritt an, der durch die Bundesratsverordnung angebahnt wurde. Die Meister aber wurden zu Rebellen. Hatte ihnen die Junker- und Antisemitenpresse doch nun monatlang Tag für Tag klar gemacht, daß sie nach Einführung dieser Verordnung so elend zu Grunde gehen müßten wie der gräßlichste Aqrarier; Herbert Bismard hielt ihnen im Reichstage schon die Leichenrede, er mußte ja um so lauter die armen Meister belagern, da ja sein Vater einst erklärt hatte, den Bäckermeistern gehe es glänzend: man brauche sie nur auf den Kopf zu stellen, so fielen ihnen die Thalerstücke aus den Taschen. Natürlich waren jetzt die „anderen“ Minister an allem schuld — der Kleriker und der Staatsanwalt und ihre Helfershelfer — und: raus da, raus aus dem Haus da! erscholl es auf allen Verbandstagen der Bäckermeister — zur innigen Freude der Junker, denen ja nur am Sturz der Minister, weniger an dem der Verordnung lag.

Nun ist ein Jahr verstrichen und noch ist sie in Kraft, wenigstens steht sie noch auf dem Papier als rechtsgiltig! Wie es in Wirklichkeit aussieht, das rühmten sich ja die Meister auf ihren Verbandstagen mit lautem Wunde: sie pfeifen auf das Gesetz. Trotzdem sie also notorisch die Einschränkungen, welche die Verordnung gegen die Ausbeutungsfreiheit bringt, nur zum kleinsten Theil beachten, erheben sie nach wie vor überall das lauteste Jammergeschrei, daß die Folgen des Maximalarbeits-tages, wie die Berliner Bäcker-Znning jüngst wieder erklärte, „sowohl in moralischer wie geschäftlicher Beziehung überaus schwere und nachtheilige sind, so daß die baldige gänzliche Aufhebung oder wenigstens doch bedeutende Milderung der Bundesratsverordnung vom ganzen selbständigen Bäckerstande mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln angestrebt werden muß, soll nicht das Bäckergerwerbe im Groß- oder Fabrikbetriebe aufgehen.“

Das ist die alte Leier, die seit jetzt 1 1/2 Jahren ertönt, und sie wäre keiner weiteren Beachtung werth, wenn nicht ein neuer Jammer zum alten noch hinzukäme: Die Berichte der Gewerbe-Räthe strafen die Behauptungen der Meister Lügen. Und um diese unangenehme Thatsache zu bemänteln, erklärt die Berliner Bäcker-Znning ganz dreist, daß Jug und Trug bei den Meistern gang und gäbe sei, daß nur verlogene Gehilfen in Arbeit bleiben und dieses uneheliche Gebahren den Meistern auch nicht verdacht werden dürfe. In der Rundgebung der Berliner Bäcker-Znning heißt es da:

Die Berichte der Gewerbe-Räthe sind deshalb ohne Werth, weil die revidirenden Beamten fast nur auf das angewiesen sind, was die zu Revidirenden aussagen. Kann man es dem Meister verdenken, wenn er so aussagt, daß er der Anklagebank und Bestrafung entgeht, und wenn Gehilfen und Lehrlinge, die in gutem Arbeitsverhältnis stehen, ihren Meister vor schimpflicher Bestrafung schützen und durch unrichtige Aussagen sich die gute Arbeits- oder Lehrstelle erhalten? Schlimm genug, wenn der Meister von dem guten oder bösen Willen fanatischer Sozialdemokraten oder gehässiger Subjekte abhängig ist. Darum betrachte man die Wirkung der Verordnung wie sie ist, und nicht wie man sie wünscht.

Eine solch schamlose Verdrehung von Recht und Unrecht ist wirklich geradezu unerhört! Also: Die Berichte der Beamten sind werthlos, weil die Meister wissentlich die Unwahrheit sagen und die Gehilfen und Lehrlinge sich die gute Arbeitsstelle nur erhalten, wenn sie mitlügen; wer die Wahrheit sagt, fliegt hinaus!

Allerdings — das sind sehr bedenkliche moralische Folgen, aber für dieselben ist der Maximalarbeits-tag genau so verantwortlich wie das Strafgesetzbuch für die Diebstähle; wäre das Stehlen nicht verboten, dann gäbe es freilich keine Diebe! So aber giebt es Bäckermeister in nicht geringer Zahl, die dem Gesellen erst die gesetzlich zustehende Arbeitsruhe stehlen, dann den revidirenden Beamten belügen und betrügen und außerdem noch ihre Gehilfen zum Belügen und Betrügen der Beamten veranlassen.

Und von diesem Jug und Trug melden auch fast alle Beamten, die überhaupt sich um die Bäckerverordnung gekümmert haben. Nur 15 thaten es, 12 Bezirke schwiegen. Auch in den 15 sehen die Beamten nicht alles, was sie hätten sehen können, denn auch sie sind nicht frei von den Voraussetzungen ihrer sozialen Stellung. Wie diese politisch-soziale Voreingenommenheit auf die Berichte von Einfluß ist — um sicherlich nicht nur auf diesem Theil der Berichte, der sich mit den Bäckereien befaßt, sondern auf alle Theile —, das deckt der Gewerbe-Rath Trilling

in Danzig in ehelicher Weise an. Klagen kamen dort nämlich nur aus zwei Bezirken, wo die Arbeit mit den bisherigen Kräften angeblich nicht mehr bewältigt werden konnte, so daß in dem einen etwa vierzig Gesellen hätten mehr eingestellt werden müssen.“ Der Gewerbe-Rath revidirt nochmals und siehe da: nicht 40 Gesellen in einem Betriebe, sondern 10 in neun und im zweiten Bezirk 1 Geselle in allen Betrieben waren neu hinzugekommen.

Und wie erklärt der Gewerbe-Rath diese unrichtigen Angaben? Er schreibt:

„Diese Berichterstattung ist einestheils darauf zurückzuführen, daß den Beamten unrichtige Angaben gemacht worden sind; sie erklärt sich aber hauptsächlich dadurch, daß sich bei diesen selber durch die Art und Weise, wie die Angelegenheit in der Öffentlichkeit behandelt worden ist, die Meinung festgesetzt hat, es handele sich hier um eine ungerechte, aufreizend wirkende Verordnung, deren Beseitigung sicher sei, wobei aber jeder an seinem Theile mitwirken müsse.“

Und um an ihrem Theil mitzuwirken, sehen die Beamten, die den Arbeiterschutz überwachen sollen, äußerst mangelhafte Berichte in die Welt! Jug und Trug der Bäckermeister und der von diesen „moralisch“ dazu gezwungenen Gesellen melden, wie gesagt, recht viele Berichte. Sie sind ein lehrreicher Sittenpiegel.

Da heißt es aus Döpreußen: Die Kontrolle ist für die Beamten schwierig, weil nicht selten Meister und Gesellen, vielleicht nach stillschweigendem Uebereinkommen, einer genaueren Nachforschung nach ihren Arbeits-Umständen aus dem Wege gehen.“

Im Berliner Bericht heißt es: Die Gesellen scheuen sich, so lange sie eine erträgliche Arbeitsstelle haben, die Wahrheit zu sagen, wenn sie den Meister belasten würde. Jedenfalls mögen sie bei einem eingeleiteten Strafverfahren nicht als Zeugen vor Gericht auftreten, weil eine dem Arbeitgeber ungünstige Aussage wohl in den meisten Fällen die Entlassung zur Folge haben würde.“

Der Gewerbe-Inspektor in Oepeln stellt fest, daß in seinem Bezirke die Arbeitszeit nicht so eingehalten wird, wie die Verordnung es vorschreibt. Die Polizei von Oepeln sieht das aber nicht, denn von Bestrafung wird nichts gemeldet.

Die Vorschriften sind noch nicht streng durchgeführt,“ erklärt der Magdeburger Beamte, weil zum Theil die Meinung besteht, daß eine Aufhebung derselben nicht ausgeschlossen sei.“

Haben etwa dort die Beamten infolge dieser Meinung ihre Pflicht vernachlässigt und nicht auf strenge Durchführung der Verordnung gehalten? Oder ist die Polizei in Magdeburg gegen diese Gesetzesübertretungen, die vom Gewerbe-Aufsichtsbeamten festgestellt werden, zu nachsichtig? Gegen die sozialdemokratischen Arbeiter ist ja die Magdeburger Polizei sehr schneidig!

Der Erfurter Beamte revidirte 45 Betriebe, von denen nur 18 Klage erhoben. „Zudem muß betont werden, daß keiner der Befragten eine schwere wirtschaftliche Schädigung nachzuweisen vermochte, daß es sich vielmehr nur um verhältnismäßig geringe Benachtheiligungen handelte.“

Aber gezerrt wird, als ob die Welt unterginge! Dabei ist es überall so wie der Beamte aus Nellen berichtet: „Die Meister tragen den gedrückten Verhältnissen nicht genügend Rechnung und kümmern sich zu wenig um ihre Arbeiter.“

Noch schmerzlicher für die Deher ist die Bemerkung des Gewerbe-Raths von Koblenz: „Von der nach der Tagespresse vorhandenen tiefgehenden Mißstimmung gegen die Bundesrats-Bekanntmachung ist hier wenig zu merken.“

Und in Trier stößt die Verordnung nur dort auf Schwierigkeiten, wo fröschste Lehrlingsausbeutung besteht: „nur bei solchen Betrieben, in denen Lehrlinge im ersten oder zweiten Lehrjahr ausschließlich oder in erheblichem Umfange verwendet werden.“

Auch im Kölner Bezirk werden die Arbeiter im Interesse der Meister zur Lüge gebracht und sagen stets, es sei alles in Ordnung.“ Schon aus diesem Grunde kann die von den Meistern gewünschte Normalarbeitswoche nicht eingeführt werden. Deren Einführung wäre gleichbedeutend mit dem Aufgeben der Verordnung,“ sagt der Beamte für Münster, „da die genaue Kontrolle der nöthentlichen Arbeitszeit schlechterdings nicht ausführbar ist.“

Gerade das ist es freilich, was die Meister wollen; die „gehässigen Subjekte“, welche den Beamten die Wahrheit sagen, werden entlassen und vielleicht noch durch schwarze Listen in ganz Deutschland arbeitslos gemacht.

Sehr zutreffend erklärt der Beamte für Arnberg gegenüber diesen Klagen der Bäckermeister über „die lästige Kontrolle durch die eigenen Gehilfen, daß sie dieselbe mit jedem Fabrikbesitzer theilen. Die Autorität bei den eigenen Gehilfen wird nichts einbüßen, sobald den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geschieht.“

Stimmt! Steht nicht, so braucht ihr nicht die Anzeige zu fächeln!

Der Arbeiterschutz durch die Bäckerverordnung steht meist nur auf dem Papier; wenn die Meister öffentlich über die „Verdrückung“ wehklagen, so geschieht dies nur, um glauben zu machen, es geschehe ihnen etwas. Im Innern lachen sie über den lustigen Krieg, den die Polizei gegen sie führt; sie ist ihnen nicht gefährlich, sie schießt blind.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 16. Juli.

Der Dr. v. Miquel, der kurz und vorsichtig sich im Hintergrunde der politischen Geschehnisse hält, auf dessen zukünftige Thätigkeit man mit Erwartung blickt, hat den Mund geöffnet und, da „Programm“ neben nun einmal Mode sind, auch eine Programm-Rede vom Stapel gelassen. Bei der Eröffnungsfeier der großen Müngstener Brücke in Solingen hat er eine Festrede gehalten. Hören wir, was der „kommende Mann“ zum besten gab:

„Unser deutsches Land sei weder ein reiner Industriestaat, noch ein reiner Agrarstaat. Wenn der Staat gedeihen sollte, müssen Industrie, Landwirtschaft und der solide Handel, der beide verbindet, da sein. Diese großen Berufsstände sind auf einander angewiesen. Die Industrie Deutschlands sei so stark, daß der Export und der Wettbewerb notwendig sind. Aber auch der innere Absatz müsse nicht vergessen sein. Die Staatsverwaltung dürfe nun unendlich einseitige Interessen vertreten. Es sei der alte Ruhm der Hohenzollern, ebenso wie über den Parteien, so auch über den Interessen zu stehen. Die Regierung müsse eine Durchschnittslinie festhalten, alle Kräfte müsse sie vereinen. Die Bekämpfung der einzelnen Berufsstände untereinander bedeutet, es dahin bringen, daß der Dritte lacht. Gegenwärtig litten am meisten die Landwirtschaft und die Mittelklassen. Die Fürsorge für die einzelnen Berufsstände dürfe nie so weit gehen, die Lebenskräfte der anderen Klassen zu unterbinden. Unsere Zukunft hänge aber auch von der Landwirtschaft ab. Manche Verstimmlung, mancher Mißmuth und mancher Mangel an Vertrauen werde jetzt gehärt. Wir Alten aber, welche die traurigen Zustände vor 1870 erlebt haben, wissen, was die Wiedererichtung des Reiches gebracht hat.“

Auch davon sprach Miquel — wie ein weiterer Bericht besagt —, daß der Kaiser das Ansehen des Reiches nach außen zu erhalten wisse; Deutschland sei kein Binnenland mehr, es müsse nach außen hinaus und dazu bedürfe es der erforderlichen Machtmittel.

Viel hat Miquel in seiner Festrede nicht verrathen von dem, was er in seinem Haupte bewegt. Auch sein Programm kommt nicht über Allgemeinheiten hinaus. Aber etwas mehr hören wir immerhin aus diesem Programm als aus denen von Bielefeld und Köln.

Was wir hören, das zeigt uns den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, den vielfach als Nachfolger des Reichskanzlers angesehenen ehemaligen Kommunisten, in den ausgetretenen Geleisen der gewöhnlichen Durchschnitts-Reaktionspolitik. Zu der Weisheit braucht nicht ein so großes Licht kommen. In solchen Gemeinplätzen hätte auch ein Geringerer hingereicht.

Der Satz, daß die Hohenzollern immer über den Interessen gestanden hätten, ist ebenso schön wie der, daß jetzt die Landwirtschaft und die Mittelklassen am meisten leiden. Von der Arbeiterklasse weiß ihr einfürgiger Intimus gar nichts mehr zu sagen; deren Lebenskräfte werden ja auch garnicht unterbunden durch die Fürsorge für einzelne Berufsstände. Dafür bekennet sich der Finanzminister zum Tixpitz und bricht eine Lanze für die „Machtmittel nach außen hinaus“.

Unmerkin ist es etwas, was uns Miquel erzählt hat, nichts neues, aber eine nicht werthlose Bestätigung dessen, was schon bekannt war. Landwirtschaft, Mittelstand und Marine — das sind die Sterne, welche die Regierungspolitik leiten. Die Reaktion ist im Zuge und Dr. Johannes Miquel ist ihr Führer! —

Der erste Unfall. Die in Geseffmünde erscheinende „Nordsee-Ztg.“ schreibt:

„In einer auf Sonntag von nationalliberaler Seite einberufenen Versammlung in Hamelwarden referirte Herr Landtags-Abgeordneter Schoof über das Vereinsgesetz, besonders über den Entwurf des Herrenhauses. Nachdem eine längere Debatte stattgefunden, wurde mit allen gegen vier Stimmen folgende Resolution gefaßt, welche vom Vorsitzenden vorgelesen wurde:

„Die auf heute von nationalliberaler Seite nach hier berufene Versammlung der Wähler des Kreises Reddingen hält es für dringend notwendig, die Macht- und Abwehrmittel des Staates gegen die anarchischen und sozialdemokratischen Bestrebungen noch vor den nächsten Wahlen zu verstärken, namentlich in Rücksicht auf die verführerischen Wahl-Agitationen der Hamburger Sozialdemokratie in unseren ländlichen Kreisen, welche schon zu blutigen Reibereien mit unseren Wählern geführt haben. Die Versammlung spricht deshalb die zuversichtliche Erwartung aus, daß das Abgeordnetenhaus und namentlich die nationalliberalen Parteifreunde zur Verhinderung solchen Treibens dem vom Herrenhause zutreffend abgefaßten Vereinsgesetz-Entwurf ihre Zustimmung ertheilen werden. Wir fühlen uns zu dieser Erklärung um so mehr gedrängt, als in Hamburg ähnliche Bestimmungen bereits bestehen und zur Zeit vom Reichstag in dieser Richtung keine Hilfe zu erwarten ist.“

Wir sind gespannt darauf, ob Herr Schoof nach dieser Fiktion

seines Standpunktes noch länger Mitglied der nationalliberalen Partei bleiben kann und wird."

Herr Schoof hat allerdings stets starke Neigungen für die konservative Seite bekundet, er hat einen nationalliberalen hannoverschen Reichstags-Wahlkreis in agrarische Hände gespielt. Doch hat Herr Schoof am 28. Mai inamentlicher Abstimmung mit der nationalliberalen Fraktion gegen den freikonservativen Antrag gestimmt, mit welchem die Herrenhausbeschlüsse fast identisch sind.

Herr Schoof ist umgefallen. Die „Nat.-Ztg.“ meint, er werde jedenfalls die Konsequenz ziehen und aus der nationalliberalen Fraktion austreten. Nationalliberale Blätter meinten noch kürzlich, es sei ausgeschlossen, daß irgend ein Mitglied ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus seiner früheren Abstimmung untreu werden würde, und daß derjenige, der es thäte, ein „Schloffer“ heißen müsse. Was sagen diese Blätter nun?

Der erste Unfall ist da. Wir haben mit diesem Gang der Dinge gerechnet. Wird der erste Unfall der letzte sein?

Die grundloslose kurzfristige Deutepolitik unserer Agrarier zeigen wieder einmal die Beschlüsse, die der ständige Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsrates soden in Eisenach gefaßt hat. Die Zuckerindustrie liegt trotz des neuen Zuckersteuergesetzes darnieder. Da nach den letzten Erfahrungen der Export weniger ausdehnungsfähig erscheint, wie der heimische Konsum, so soll das Reich die Zuckerwerksteuer herabsetzen; den etwaigen Ausfall an Reicheinnahmen müßte natürlich der Konsum irgend eines anderen steuerfähigen Lebensmittels tragen. Umgekehrt wiederum beim Branntwein; hier steht der Trinkverbrauch infolge der besseren Lebenshaltung weiter Bevölkerungsschichten nahezu still, dagegen bieten sich für den denaturierten Spiritus immer neue gewerbliche Verwendungsorte. Schleunigst verlangt der agrarische Ausschuss „eine kleine Erhöhung der Steuer auf Trinkbranntwein“, um mit dem Mehrertrag den Spiritus für technische Zwecke künstlich zu subventionieren; natürlich wird denn auch der Einzelstaat sein möglichstes thun müssen, er soll den Spiritus billiger transportieren. Das alles ist aus Interessentenkreisen in letzter Zeit oft genug gefordert worden. Denn ist aber, daß ein stillgelegter agrarischer Wunsch nimmer von einer halbhoffiziellen Landwirtschafts-Vertretung ausgesprochen wird; daß nämlich der etwaige Ausfall des Reiches zu decken sei durch eine Steigerung des Petroleumzollses, die den Armen zwar ihr Licht vertheuern würde, für die Schnapsbrenner aber den Vorteil hätte, daß ihr Spiritus-Blühlicht eine größere Konkurrenzfähigkeit und Verbreitung erlangen könnte. Man sieht, die Taschen der Vermittler und die Taschen des Reiches sollen wieder einmal gründlich zu Ruh und Frommen der konservativen Schnapsphäre erleichtert werden. Und bei den Zuständen in unserer Regierung sind solche Bestrebungen immer aussichtslos.

Bündler und Konservative, dieser neueste Bruderkrieg im Lager der Ostelbier wird immer erregter geführt. Die Blöße scheinen sich sicher auf den eigenen Rücken zu fühlen und meinen gut zu thun, zu einem von der konservativen Partei getrennten selbständigen Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen jetzt schon die Vorbereitungen zu treffen. In diesem Sinne wohl schreibt die Korrespondenz des Bundes der Landwirtschaft:

Der Bund der Landwirthe ist keine Kommandite der konservativen Partei, ist es bisher nicht gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein. Daß wir den Konservativen sehr freundlich gegenüberstehen, brauchen wir nicht erst zu betonen; alle Welt weiß es. Daran aber geht doch nicht hervor, daß wir der konservativen Partei nun unter allen Umständen zur Herbeifolge verpflichtet sind und ihre Schmachten schlagen müssen. Denken wir uns einen Wahlkreis, in dem die Konservativen, Antisemiten, Zentrumsleute und Nationalliberale Kandidaten aufgestellt hätten und alle vier Parteien hätten das Programm des Bundes acceptirt. Der Bund würde dann zu seinen Mitgliedern sagen: „Diese Kandidaten sind uns alle gleich lieb und werth; wählt einen davon, je nach Eurem Geschmack oder Euren politischen Ansichten. Für uns kommt nur in Betracht, ob jemand ein guter Agrarier ist.“

Dies ist unser Standpunkt, und es ist gewiß der für einen wirtschaftspolitischen Verein allein mögliche, logische und korrekte. Wohin sollten wir kommen, wenn wir uns einer Partei subordinirten? Wir stehen nicht in Ebn und Brot der Konservativen, aber auch nicht der Antisemiten, lassen uns überhaupt von keiner Partei ausschließlich in Beschlag nehmen. Neuerdings sind sogar schon Abgeordnete gewählt, die lediglich auf ihre Eigenschaft als Vertreter des Bundesstandpunktes durchlachen. So der Oberamtmann Sommer in Kilsch-Gronau; ebenso hat unser neuer Direktor Dr. Dahn in den letzten Jahren seiner speziellen Partei angehört, und hatte doch als einfacher „Agrarier“ seine Wähler für sich. Summa Summarum: Wir wollen dem Bunde nicht sein Grab graben, indem wir uns der „Fraktionspolitik“ ergeben, und uns à la merci politischer Parteiführer stellen. Das möge man sich allerorts merken!

Das ist ein recht selbstbewußter Ton, der Herrn v. Bovekow, dem Fraktionsvorsitzenden der konservativen Partei, wohl sehr wenig gefallen dürfte. Schreieigenthümlich nimmt es sich aus, daß die „Kons. Korr.“ die Äußerungen des Direktors des Bundes der Landwirtschaft, des Abg. Dahn, jetzt harmloser darzustellen sucht und Herrn Dahn erst als den Einziger der Agrarier aller Richtungen zu preisen sucht. Diese Taktik wird man bei dem frischen Temperament der Bündler nicht lange einhalten können.

Die armen Konservativen! —

Die Kanigerei spukt fort. Herr Camp, der Stimmungsgenosse des Grafen Kanig, der von den Agrariern gewünschte zukünftige Reichsbankdirektor, hat im Deutschen Wochenblatt einen Artikel veröffentlicht über die „Getreidegölle der Zukunft“. Es möge, so schlägt er vor, für die einzelnen Getreidegattungen ein Normalpreis festgesetzt werden. An Poll soll dann für eingeführtes Getreide derjenige Betrag entrichtet werden, um welchen der Preis des Getreides auf dem internationalen Markte hinter jenem Normalpreis zurück bleibt. Herr Camp räumt diesem Vorschlag alle möglichen Vortheile nach, sogar die Konsumenten würden sich dabei ganz wohl befinden.

Das ist aber nichts als Kanig redivivus. Derselbe Text mit etwas umgekehrter Melodie. Der Landwirth soll seinen bestimmten Getreidepreis von Staats wegen gesichert erhalten. Und „der Landwirth“, das ist in erster Linie der viel Getreide verkaufende Großgrundbesitzer.

Herr Camp giebt sich der Hoffnung hin, daß die Industrie seinen Vorschlag akzeptiren werde; dann können Landwirtschaft und Industrie wiederum vereint und Schulter an Schulter in dem bevorstehenden Kampfe für den Schutz der nationalen Arbeit ein-

treten. Diese Verständigung zwischen der Landwirtschaft und Industrie muß aber ungesäumt in die Wege geleitet werden, damit bereits bei den nächsten Reichstagswahlen beide Erwerbsgruppen gemeinsam vorgehen können. Dann werden und müssen die Vertreter des Schutzes der nationalen Arbeit als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen.“

Mit einer schönen Umschreibung der arbeitenden Klassen zu gunsten des Junkerthums soll also der Camp'sche Feldzug beginnen. Das soll das Präliminar sein zum eigentlichen Werke des „Schutzes der nationalen Arbeit“. Wie mag dieser „Schutz der nationalen Arbeit“ erst selbst aussehen, wenn die Ungehörlichkeit des Getreides Normalpreises nur erst die Vorbereitung dazu bildet! —

Professoren und Arbeiterbewegung. Gegen die beiden Kieler Universitätslehrer, Professor Baumgarten und Professor Lehmann-Hohenberg, war ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil sie während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks einen Aufruf zu gunsten der Streikenden unterzeichnet hatten. Sie waren verantwortlich darüber vernommen worden, wie sie es mit ihren Pflichten als Staatsbeamte vereinbaren könnten, in einseitiger Weise eine sozialdemokratische Aktion zu unterstützen. Ihre Antwort lautete dahin, daß dem Minister über den Vorfall nicht richtig berichtet worden sei; es habe sich gar nicht um eine sozialdemokratische Aktion gehandelt. Nunmehr ist von dem Minister an die beiden Professoren der Bescheid ergangen, daß er von der Erklärung, es habe nicht in ihrer Absicht gelegen, eine sozialdemokratische Aktion einseitig zu unterstützen, Kenntnis nehme und daß damit der Aufruf zu disziplinarischem Einschreiten fortfalle.

Wenn diese Mittheilung richtig ist, so ist das Verhalten des Kultusministers höchst absonderlich. Sozialdemokraten sind die beiden Professoren nicht, das ist notorisch. Aber sie haben den Aufruf der Hafenarbeiter unterschrieben und zwar zweifelsohne in einseitiger Weise. Ob dieser Aufruf als „eine sozialdemokratische Aktion“ anzusehen ist oder nicht, kann hier gleichgültig sein. Der Minister hat ihn jedenfalls so angesehen. Also thatsächlich ist die „volle Schuld“ der beiden Professoren erwiesen.

Und doch hat man das Disziplinarverfahren eingestellt. Warum? Wir können nicht annehmen, es sei aus der besseren Erkenntnis geschieden, daß es den Staatsbeamten nicht verwehrt sein darf, für streikende Arbeiter einzutreten, und daß es vielmehr eine Schande wäre, gegen dieselben einen Gewissenszwang im entgegengekehrten Sinne auszuüben. Einen solchen Grad sozialpolitischer Weibergigkeit kann man dem Herrn v. Boffe natürlich ganz und gar nicht zutrauen.

Warum denn aber kommen die Kieler Professoren so glimpflich davon? Was nicht dem Freiherrn von Neundörfer die Hornes- aber schwellen ob solchen Vorkommnisse? Wird er nicht alsbald eine zweite verärgerte Philippika gegen den Minister im Herrenhause loslassen?

Offenbar getraut man sich vorläufig noch nicht recht, in das Katheder-sozialistische Wesensthum hineinzugreifen. Das könnte zu unabweisbaren Schwierigkeiten führen. Man begnügt sich, ein Disziplinar-Verfahren einzuleiten und dann läßt man „Gnade“ walten. Auch so schon denkt man wohl, die unbotmäßigen Kathederwänner genügend einzuschüchtern und von zukünftigen „Mißthaten“ zurückzuhalten. Und hierin dürfte man recht behalten; Professoren sind selten Klumpfer! —

Parvce Naumann möchte so gerne eine Kundgebung der Sozialdemokratie zu den Anschauungen des nationalsozialen Konfessionskreises herausfinden. Heute druckt er mit Verlangen Teile des über die Nationalitätenfrage aus unserer Blatte ab und glaubt darin Anlässe an seine Weltpolitik-Beden zu finden. Wir müssen unseren Freund, der den Artikel verfaßt hat, gegen eine derartige Infamiation in Schutz nehmen. Glaubt schon aus seinem Artikel hervor, daß der Verfasser mit den Hassen, Naumann, Peters nicht den entferntesten Berührungspunkt hat, so beweisen die weiteren uns vorliegenden Ausführungen des gleichen Verfassers über dasselbe Thema, wie sehr Pastor Naumann auf dem Holzwege ist. Wie groß der Unterschied ist zwischen den Weltpolitik-Bedenken des Pastor Naumann und einem Standpunkte, der treffend Internationalismus und Antinationalismus nicht identifizirt, braucht nicht weiter dargelegt zu werden. —

Ein Zeugniszwangsverfahren ist wiederum gegen den Redakteur Alexander Wiesen von der „Frankf. Ztg.“ eingeleitet worden. Das Verfahren geht aus vom Generalkommando in Kassel. Als der Einjährige Zimmermann infolge Ueberanstrengung durch Hirschlag auf dem Marsche den Tod gefunden hatte, brachte die „Frankfurter Zeitung“ Mittheilungen darüber, wie schwer überhaupt an dem betreffenden Tage die Soldaten unter der Hitze zu leiden hatten. Wegen dieser Mittheilungen wird jetzt das Foltermittel des Zeugniszwangs angewandt, um ihren Urheber zu ermitteln. Es ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ ausführt, ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet, das sich darauf stützt, es seien militärische Interna mitgeteilt und als deren Quelle ein Reserve-Unteroffizier ausdrücklich angegeben. Dabei liegt weder eine unrichtige, noch eine irgend wie beleidigende Mittheilung vor — sonst würde man ja ein Strafverfahren eingeleitet haben — sondern es hat sich um objektive Berichte unbestreitbarer Thatsachen gehandelt. Diese Thatsachen waren auch nicht etwa ein militärisches Geheimniß, sondern einem größeren Kreise von Personen bekannt. Trotzdem geht man hier vor wegen unbefugter Mittheilung militärischer Interna, und die Militärbehörde nimmt dabei sogar seinen Rufstand, dem Zeitungsredakteur zumuthen, daß er ihr den Namen seines Gewährsmannes unter Bruch der Discretion preisgibt! Und das bürgerliche Gericht leiht einem solchen Verlangen der Militärbehörde Mithilfe.

Ob genug ist gegen derartigen Zeugniszwang und ähnliche Gebräuche Protest erhoben worden. Leider hat der Reichstag noch nicht die Kraft gefunden, um die Beilegung solcher Vorkommnisse durchzuführen. Möge es endlich geschehen. —

Die Situation in Oesterreich spitzt sich immer mehr zu. Graf Bodeni ist in einer Sackgasse, aus der heranzukommen begabteren und gewandteren Staatsmännern kaum möglich sein dürfte. Am schwersten mag ihn berühren, daß die Polen, seine speziellen Landsleute, ihn ausgeben, daß immer mehr polnische Preßstimmen seinen Rücktritt fordern, ja es heißt sogar, daß der Klub der polnischen Abgeordneten seinen Rücktritt gefordert habe. Man nennt auch schon Namen als Nachfolger Bodeni's, so den in allen Satteln gerechten Unterrichtsminister Baron Gautsch, eines sich beim Kaiser großen Vertrauens erwerbenden Scheinliberalen, der zu weitgehenden Konzessionen an die Klerikalen bereit ist; ferner wird der Name des tiroler Statthalters Grafen Merwelt genannt, der bisher noch nicht stark politisch hervorgetreten ist, in Tirol es aber verstanden hat, mit Liberalen und Klerikalen auf gutem Fuß zu stehen. Vorläufig scheint freilich die Krisis vertagt zu sein. Oestern hatte Graf Bodeni beim Kaiser Audienz und heute meldet das hoch-offizielle „Wiener Fremdenblatt“:

Alle seit einiger Zeit in den Blättern verbreiteten Gerüchte über eine Ministerkrise, sowie über einen Meinungsauflauf unter den Mitgliedern des Kabinetes sind vollkommen grundlos. Die Regierung müsse an der Aufschaltung festhalten, daß es ihre Aufgabe sei, trotz der bisherigen Erfahrungen auf dem ihr geeignet scheinenden Wege und mit umgebendtem Eifer der gesetzlichen Regelung der nationalen Verhältnisse in Böhmen zuzustreben, in so spärlichen Ausmaß ihr auch die Parteien bisher hierzu beihilflich gewesen seien.

Das bedeutet, wie schon der Schluß des offiziellen Kom-muniqués beweist, bloß eine Vertagung der Krisis. Werden doch die Schwierigkeiten für das Kabinet mit jedem Tage größer.

Mit dem gestrigen Tage hat in den deutschen Gemeinden Böhmens die Einstellung der Beforgung jener Agenden des übertragene Wirkungsbereiches begonnen, zu welchen die Gemeinden nicht durch ein Reichs- oder Landes-gesetz verpflichtet sind. Die Einstellung der Agenden betrifft folgende Gegenstände: 1. Die Einhebung der direkten Steuern; 2. die Zustellung der politischen Erledigungen; 3. die Ausfertigung und Zustellung von Vorladungen für Stellungs-pflichtige zum Stellungstage; 4. die Einberufung der Reserve und Ersatzreserve des Heeres; 5. die Evidenzhaltung des Wohnortes der dauernd Beurlaubten, der Mannschaft der Reserve und der nichtaktiven Landwehr, sowie der nichtaktiven Ersatz-reservisten; 6. die Einhebung und Abfuhr der Militärauten, sowie die Einnahme und Evidenzhaltung der Zahlungssäumigen; 7. die Amtshandlungen in Gewerbeangelegenheiten in allen Fällen, wo keine gesetzlichen Bestimmungen die Mitwirkung der Gemeinde in Anspruch nehmen. Von den größeren deutschen Gemeinden Böhmens hat nur die Stadt Reichenberg die Ein-stellung der obigen Agenden nicht beschlossen, weil sie ein eigenes Statut besitzt und durch dasselbe, also durch ein Landesgesetz, zur Beforgung gerade dieser Agenden ausdrücklich verpflichtet ist.

An Sympathieumgebungen aus dem Reiche fehlt es nicht. Ein großer Theil der bürgerlichen Presse befaßt sich in sehr sympathischer Weise für die Deutschen mit den öster-reichischen Verhältnissen. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet, daß 816 öffentliche Professoren der deutschen Universitäten eine Kundgebung im Interesse der im Nationalitätenkampfe stehenden Deutschen erlassen haben. —

Die Frage des Friedensschlusses kam am Donnerstag im italienischen Senat zur Sprache. Der Minister des Aeußeren erklärte, daß die vermittelnde Thätigkeit der Mächte bei der Pforte auf Schwierigkeiten gestoßen sei, die namentlich die Grenzberichtigung betreffen. Allein die Mächte stimmten darin überein, die Friedensbedingungen anrecht zu erhalten, die sie selbst aufgestellt haben. Man erwarte jetzt die Antwort der Pforte. Der Minister spricht den Wunsch aus, daß diese Antwort den Abschluß der Verhandlungen erleichtern werde und legt das Vertrauen, daß die feste Haltung und die Einigkeit der Mächte eine baldige Lösung der jetzigen Zustände herbeiführen werden, deren längeres Andauern mit Gefahr verbunden sei. Die italienischen Schiffe und Truppen, welche die Regierung in Würdigung der Aebereinstimmung der Mächte nach Areta entsandt hat, würden solange dort bleiben, bis die Mächte beschließen werden, die Befegung aufzuheben. Es herrsche volle Uebereinstimmung zwischen den Mächten über die zur Herstellung der Antonomie von Areta zu ergreifenden Maßregeln. Die Verzögerung derselben hänge mit dem langsamen Fortschreiten der Friedensverhandlungen zusammen; sobald aber die letzteren zum Abschluß gelangt seien, würde das künftige Schicksal Areta's geregelt werden.

„Das Telegraph“ meldet aus Wien: Wenn infolge der Antwort des Sultans auf die Vorschläge der Mächte Ansehensfragen ausbrechen sollten, würden die Schiffe der Großmächte in einer Stunde 5000 Soldaten aus Land setzen.

Von anderer Seite verlautet jedoch, daß der Sultans noch durch-aus nicht geneigt sei, sich in bezug auf die Grenzfrage den Forde-rungen der Mächte zu fügen.

Ob an der Kandidatur Droz noch festgehalten wird oder nicht, darüber laufen ganz widersprechende Nachrichten ein. Der Sultans soll den ehemaligen Großvezier Djevad-Pascha zum Gouverneur der Insel bestimmt haben.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat seine Nordland-Reise abgebrochen. Der Herzog Karl Theodor von Bayern, welcher bekanntlich Augenarzt ist, soll nach Kiel reisen, um das verletzte Auge des Kaisers zu untersuchen.

Herr v. Bellow, der „Rechtsvereins“ Staatssekretär des Aeußeren, wird, wie die „Schles. Ztg.“ mittheilt, am 11. August die Geschäfte übernehmen.

Professor Reinhold hat es verstanden, die deutsche Presse gründlich zu unterhalten. Wir wollen noch aus den Schlüs-sagen einiges nachtragen:

Das Element von bevorzundern Bielegererei, die Ver-tenkung der erreichten Bewußtseins- und Bildungsstufe unserer Zeit und die Verfolgung der Ehrung, die in der Gewährung formaler und persönlicher Freiheit liegt, bringt allmählig ein zwar geduldetes, aber im Gefühl seines Rechtes und seiner Würde erstarrendes Volk, in eine wachsende Entgegensetzung gegen die sonst gleichgültig bewährten Staatseinrichtungen. . . . Es ist soweit gekommen, daß ungefähr alles im Lande jetzt in der Opposition ist. So wird auf einem ganz unerwarteten Wege die Gefahr wirklich heraufbeschworen, die sonst nirgendwo besteht, die gesellschaftliche Verneinung des Staatswillens. Man regiert nicht ungestraft mit innerlicher Schwäche und äußerem Schwanke, mit beständiger Neigung aller Volksschichten. Die nächsten allgemeinen Wahlen werden in Deutschland einen ungewohnten Zug von Einmüthigkeit in einem Gedanken ergeben: die erklärte Frontstellung eines verzögerten Volkes gegen die Regierungsgewalt. . . . Um die Folgen dieser Art von Politik zu erkennen, muß man Fühlung mit Süd-deutschland haben. Ich bin tief erschüttert über die dortige Stimmung. Man hat einen kaum glaublichen Widerwillen gegen Preußen, der an frühere Perioden und an die schlimmste Zeit un-mittelbar nach 1808 erinnert. Das reaktionäre Preußen hat alle werbende Kraft verloren. . . . Das Schwabenland, das uns für den Gipfel des nationalen Lebens die glorreiche und reitende Höhen-golter-„Luzerne“ geschenkt hat, beweist, daß es auch für den Unter-grund und die Breite des politischen Bewusstseins eine heilfame Debnung in würdiger Freiheit zu schaffen versteht und auch hier sich als ergebene Tochter des Geistes bewährt. Es ist ein erhebendes Bild, das uns dort einen starken und klaren Volkswillen auf der einen Seite und eine sich unterwerfende Regierung auf der anderen Seite zeigt. Die Kraft, Fruchtbarkeit und verheißene Macht dieser Darstellung natürlicher Wahrheit steht deutlich erkennbar jedem, der sich nicht verdeckt, vor den Augen und kann nur zur Nachsicherung auffordern. Anstatt dessen in Preußen das alle unwürdige Mittrauen in die Vernunft des Volkes. Es ist immer wieder die alte alte Polizeifurcht vor den harmlosesten Erscheinungen. . . .

Man würde die Sozialdemokratie in demselben Augenblick los sein, wo man sie völlig ignorierte. Diese impotente Bewegung, die im Volke nichts hinter sich hat, würde an ihrer eigenen Sang-weitigkeit sterben.

Unglücklich ist die „Post“ über die Enttäuschung, die ihr Herr Reinhold bereitet hat. Sie schreibt u. a.:

Nur in dem Maße eines solchen welfremden Ideologen kann sich auch der Gedanke entwickeln, daß in Freiheit das Heilmittel gegen alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leiden der Zeit liegt. Diese das überaus komplizierte Problem, die sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen unserer Zeit zu einem dem deutschen Volke und Lande gezielten Ausgange zu führen, sich mit einem solchen einfachen Sozialwerk lösen, so wäre uns freilich leicht geholfen, allein an Panaceen nach Art der Wunderdoktoren glaubt heut zu Tage kein vernünftiger Mensch mehr.

Und aus dem Leitartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, die sogar nicht weiß, was sie als Regierungsgorgan mit dem Reinhold be-ginnen soll, zitiren wir bloß die folgende Stelle:

Umgekehrt braucht man also auch noch nicht mit Nothwendigkeit zu folgern, daß jemand, der eine politische Machtschrede mit abgeschmackten vulgär-demokratischen Redensarten vollstreckt, im Hofsaal ebenfalls Konfession vorbringen werde. Das muß abgewartet werden.

Wenn die demokratische Presse sich geschmeichelt fühlt, daß ein Mann, dem die königliche Regierung soeben den ehrenvollen Posten eines Lehrers an der Berliner Hochschule anvertraut hat, eine lange Abschleppschleife mit lauter Reminiscenzen aus ihren besten Zeitartikeln anfüßt, so begreifen wir das vollständig. . . . Und Süder's „Voll“ schreibt:

„Jetzt endlich ist Klarheit da. Allerdings nicht über Herrn Reinhold's Wissenschaft, — diese Klarheit wird wohl immer ausbleiben — sondern darüber, daß er ein ganz ausgesprochener Konfessionsrathe ist. Weiter hat Herr Reinhold auch den Befähigungsnachweis erbracht für ausgezeichnete Leistungen auf dem weiten Gebiete der Taktlosigkeit.“

Der „Reichshoter“ schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: Nicht daß er von den unsren weit abgehende Ansichten besitzt und öffentlich vertritt, ist für uns ein Stein der Anfechtung, sondern daß er dies in dieser Form und mit diesem Mangel an wissenschaftlicher Umsicht und Objektivität thut. Es handelt sich hier lediglich um einen vorliegenden Defekt an persönlicher Befähigung für den Vortragslehre einer Hochschule.

Um das Blatt des Herrn v. Stumm zu kränken, wollen wir auf die in unserer letzten Nummer unter Gewerkschaftliches publicirte Note hinweisen, die Herr Dr. Reinhold als strengen Handhaver der Strafbestimmungen des § 158 kennen lernt. Sein Abschleppschleife waren zwei Wochen Gefängniß wegen Uebertretung des § 158. Im Namen der Freiheit wurde die Strafe verhängt. Freiheit, die ich meine!

— Blühenden Unsinns leisten sich die „Hamb. Nachr.“ in ihrem Hosi gegen die Gegner der Flottenpläne, indem sie schreiben: „Bei dem Widerstande, den ein Theil der deutschen Nation dem Flottenbau leider entgegensetzt, hat England die Hände im Spiel, wobei ihm die Anglo-Manne des doktrinären „Freiwillig“ sowie die Entartung des deutschen Parteigetriebes zu Hilfe kommt, nicht zu vergessen, daß die englische Politik wie ehemals die venetianische vielfach verschlungene Wege geht und tausend Kanäle ihrem Golde zu öffnen weiß.“

Da haben wir dieselben Verächtlichkeiten in neuer Auflage, welche beim Hamburger Hafenarbeiter-Streik ausgefressen worden.

Das Vertrauen der Flottenschwärmer in ihre Fähigkeit, das Publikum für ihre Pläne zu überzeugen, muß überaus gering sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen.

— Offizier und Bürger. Der „General-Anzeiger“ für Hamburg-Altona theilt folgenden Vorfall mit: Der Kaiser eines Dampfschiffwerkes fuhr vorchristlich an der rechten Seite der Straße nach Lohstedt beim Grenzhaus Hohenfeld, als ihm eine Militärabtheilung des 76. Regiments entgegenkam. Diese wich nicht nach rechts aus, sondern einige Soldaten ließen den Pferde in die Gänge und schließlich wurde der Kaiser auf Befehl eines Hauptmanns vom Bord heruntergeholt und unter militärischer Bedeckung nach der Hamburgerischen Polizeiwache am Appendorferweg befördert (der Vorfall spielte sich auf preussischem Gebiete ab). Das Fahrwerk wurde durch einen Sergeanten dorthin befördert. Von der Wache wurde der unschuldig und zu unrecht Festgenommene alsbald wieder entlassen. Das genannte Blatt meldet, daß eine Bestrafung des Offiziers eintreten werde.

— Recht sonderbar nimmt sich eine amtliche Anzeige des Landrathsvorsetzers in Bergen a. N. des Regierungs-Rathes Friedrich v. Maltzahn aus. In derselben heißt es: „Herr Rittergutsbesitzer Pogge zu Schweinitz ist Amtsvorsteher und Standesbeamter. Herr Major v. Ueborn stellvertretender Amtsvorsteher, aber der Lehrer Müller stellvertretender Standesbeamter für den Amtsbezirk Reutenkirchen. Wie kann man auch einen Lehrer mit einem Agrarier und einem Militär auf eine Stufe stellen wollen.“

— Dr. Sigl, der in Regensburg zum Abgeordneten gewählt wurde, erhielt im ersten Wahlgange 61 Stimmen, Bezirksarzt Dr. Schmidt 48, Bauer Vogel 20 und Bierbrauer Ernst 15 Stimmen. Darauf wurde zu einem zweiten Wahlgange geschritten. In diesem erhielt Sigl 72, Schmidt 61, Ernst 1, Vogel 3 Stimmen. Die Stimmenzahl Sigl's ist gegen die des früheren Abgeordneten des Kreises erheblich zurückgegangen. Das Zentrumsblatt „Germania“ schreibt zu dieser Wahl: „Für die Situation in der Kammer ist die Wahl Sigl's bedeutungslos; denn es ist jetzt nur das Verhältnis nach den Neuwahlen 1893, als der verlorbene Pen gewählt wurde, wiederhergestellt. Gleichwohl hat Dr. Sigl nun Gelegenheit, im eigenen Hause und nach seiner Ansicht auf dem ureigensten Gebiete zu zeigen, was er kann.“ Offenbar ist den Herren vom Zentrum die Sache garnicht angenehm.

— Kiel, 15. Juli. (Sig. Ver.) Wie wenig auf die Charakterfestigkeit des Bürgerthums zu bauen ist, hat sich im Kieler Stadtverordneten-Kollegium deutlich gezeigt. Dasselbe ist bislang stets die Domäne des „Kieler Zeitungsfreiwilts“, einer Spielart halb Richter'scher Richtung, gewesen. In der letzten Sitzung nun haben die Stadtverordneten ihrem Führer Niepa in der Mehrheit die Forderung verweigert in einer Sache, in welcher man es am allerwenigsten hätte vermuthen sollen. Die Regierung hatte dem Magistrat mitgetheilt, daß sie von dem ihr nach der Städte-Ordnung zustehenden Rechte der Ueberrahme der Sicherheitspolizei Gebrauch machen wolle. Schon einmal, im Jahre 1892, hatte die Regierung diese Absicht zu erkennen gegeben, war hiervon jedoch abgesehen, als sie den einmüthigen Widerspruch des Magistrats und der Stadtverordneten sah. Auch nunmehr hätte der Magistrat ein gleiches Vorgehen wie damals vorgeschlagen; die Stadtverordneten beschlossen jedoch in entgegengekehrter Richtung. Daraufhin hat der Vorsteher Niepa sein Amt niedergelegt. Diese widerspruchsvolle Preisgabe eines der wichtigsten Rechte der Selbstverwaltung durch die Stadtverordneten hat nun zu lebhaftem Meinungskampf in der Lokalpresse geführt, der uns die wahren Gründe dieses Beschlusses immer deutlicher erkennen läßt. Im „General-Anzeiger“ läßt sich ein Freund der königlichen Polizei folgendermaßen aus:

„Man wird sich auch hier klar darüber werden, daß die Frage der Zukunft nicht mehr ist: konservativ oder liberal, sondern für die bestehende Grundlage in Staat und Gemeinde oder gegen dieselbe, Aufrechterhaltung der Staatsautorität oder Umsturz. Man wird sich zu entscheiden haben, ob man Vertrauen zu der Regierung haben soll, oder ob man mit der Sozialdemokratie geht.“

Das heißt auf gut deutsch also, daß man glaubt, bei dem fortgeschrittenen Anwachsen der Sozialdemokratie nicht mehr der städtischen Polizei die „pöbliche Schneidigkeit“ zutrauen zu dürfen, daß man die letzte Stellung bei der „königlichen Polizei“ sucht und wenn man dabei auch seine liberalen Grundsätze preis giebt und ebenso ein wichtiges Recht der Selbstverwaltung; nebenbei macht man auch noch finanzielle Ersparnisse für den Stadetat. So sehen wir an diesem ein Bild, wie tief in seiner Mehrheit das deutsche Bürgerthum gesunken ist.

Gotha, 16. Juli. Im Landtag wurde heute der folgende Antrag von 2 Stimmen angenommen:

Der Landtag wolle beschließen, die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem eine Neuordnung der Rechtsverhältnisse des Gefängnisses zu ihren Arbeitgebern bezug auf ihrer Dienstverpflichtung in der Richtung durchgeführt wird, daß die aus dem Jahre 1797 stammende Gefängnisordnung als unzeitgemäß und modernen Rechtsanschauungen hochgradig entgegenliegend aufgehoben wird.

Stuttgart, 15. Juli. (Köln. Ztg.) Der Gemeinderath beschloß einstimmig auf Antrag des Oberbürgermeisters, an die Regierung die Bitte zu richten, sie möge im neuen Verfassungsgesetz für Stuttgart statt der vorgesehenen drei Abgeordneten vier bestimmen.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Prozeß. Von der Strafkammer zu Braunsberg wurde der Knecht Anton Krause aus Schöndorferau wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Koloniale. Es wird mitgetheilt: „Am 12. Juli wollte der Kolonialdirektor Dr. Frhr. v. Richthofen seinen Sommerurlaub antreten. Er hat aber seine Absicht verschoben, da einige wichtige Fragen vorher möglichst erledigt werden sollen. Zunächst finden noch Erörterungen und Beratungen wegen des deutsch-französischen Logo-Vertrages statt. Dann aber handelt es sich um einen endgiltigen Entschluß über den Bau der südwest-afrikanischen Eisenbahn mit Thierbetrieb. Die Herstellung dieser Bahn ist unter den gegenwärtigen Umständen eine überaus dringliche. Die Privatgesellschaft, welche den Bau dieser Bahn geplant hat, würde in keinem Falle vor dem nächsten Frühjahr mit den Arbeiten beginnen können. So lange zu warten, ist nicht rätlich; daher besteht die Absicht, die Eisenbahn von Reich wegen zu bauen und schon in wenigen Monaten damit zu beginnen. Wenn möglich, soll diese Frage in ihren Vorstadien noch zum Abschluß gebracht werden.“

Diese Mittheilung klingt uns selbst wenig glaubhaft, denn der Reichstag hat das Geld für eine solche Bahn nicht bewilligt, noch wird er es bewilligen.

Ungarn.

Budapest, 16. Juli. Nach Berichten, welche beim Ackerbauministerium eingegangen sind, nehmen die Eutearbeiten überall ihren ungehinderten Fortgang und dürften spätestens Mitte nächster Woche beendet sein. Die Arbeiterreserven brauchten in den letzten Tagen nicht zur Aushilfe herangezogen werden.

Schweiz.

Jürich, 15. Juli. (Sig. Ver.) Der Große Rath (Landtag) des Kantons Argau hat ein Gesetz betreffend Einführung der obligatorischen Mobiliarversicherung beschlossen, worüber das Volk im Herbst abzustimmen hat. Wir entnehmen dem Gesetz, daß der Dienstherr verpflichtet ist, die Fahrhabe seiner Diensthöfen, soweit sie sich in seinem Hause befindet, in seine Versicherung aufzunehmen, ebenso diejenige Fahrhabe der Arbeiter, die sich in den Räumen und auf den Arbeitsstellen des Arbeitgebers befindet. Der Regierungsrath hat durch Abschluß von Verträgen mit einer Anzahl Versicherungsgesellschaften dafür zu sorgen, daß jedem Eigenthümer von Fahrhabe, welche dem Versicherungszwang unterliegt, Gelegenheit gegeben wird, sein Mobiliar unter möglichst günstigen Bedingungen zu versichern. Die Verträge haben sich insbesondere auch auf den Abschluß von Kollektivversicherungen zu erstrecken. — Ebenfalls im Kanton Argau hat die Regierung in Verbindung mit den Naturalverpflichtungs-Stationen für bedürftige Durchreisende eine staatliche Regelung der Arbeitsvermittlung getroffen, welche bezweckt, den Durchreisenden möglichst Arbeit zu verschaffen. Wer zugewiesene Arbeit nicht annimmt, geht des Anspruches auf Unterstützung im ganzen internationalen Verband verlustig und wird der Polizei überwiesen. Die Geschäftsinhaber haben eine kleine Vermittlungsgebühr zu bezahlen. Zugleich ist das Umhanteln abgeschafft und soll dasselbe als Betrug behandelt werden. — Im Kanton Zug ist am 2. Juni das neue und erste derartige Gesetz in der Schweiz über die unentgeltliche Rechtspflege in Kraft getreten. Darnach hat jeder Unbemittelte das Recht, in Prozessen unentgeltliche Anwalt und Rechtsbeistand zu verlangen.

Spanien.

— Bedrückung der Sozialisten. Ueber die sozialistische Bewegung in den baskischen Bergwerks-Distrikten Spaniens wird gemeldet:

Der mehrfach in Madrider Blättern angekündigte allgemeine Bergarbeiter-Aufstand ist bisher nicht eingetreten, sondern die Grubenarbeiter der einzelnen Bezirke veranstalteten größere Demonstrationen, die mehrere Tage andauerten, wodurch natürlich auch die Arbeit ebenso lange unterbrochen wurde. Die Ursache ist eine rein politische, da nämlich drei in Bilbao von den Arbeitern gewählte Mitglieder des Gemeinderathes durch ein königliches Dekret ihres Amtes für verlustig erklärt wurden, weil sie sich offen als Sozialisten bekannt hatten.

Madrid, 16. Juli. In Socuellamos, Provinz Ciudad Real, brachen wegen der Verzehrungssteuer Kuren an; die Inhaber machten einen Angriff auf das Rathhaus und suchten dasselbe in Brand zu setzen.

Aus Havana wird gemeldet: Maximo Gomez erließ eine Proklamation, welche besagt, die Aufständischen würden nicht eher ihre Haltung ändern, als bis Cuba unabhängig sein werde.

England.

London, 15. Juli. Das Unterhaus nahm ohne Abstimmung die dritte Lesung der Bill betreffend die Unfallentschädigung der Arbeiter an.

Norwegen.

— Die Einführung der Leichenverbrennung der Regierung zur Annahme zu empfehlen, beschloß der norwegische Odelthing einstimmig gemäß einem vom „norwegischen Verein für Leichenverbrennung“ gestellten Antrag. Damit dürfte die fakultative Einführung der Leichenverbrennung in Norwegen gesichert sein; selbst die Bischöfe haben sich für dieselbe ausgesprochen.

Schweden.

— Eine große Stimrechtsdemonstration für den 18. Juli wird in Stockholm geplant. Derselbe fällt in die Zeit des skandinavischen Arbeiterkongresses und dürfte daher sehr imposant ausfallen.

Rußland.

— Aus Warschau berichten polnische Blätter: Nach vorgenommener Hausdurchsuchung wurden zahlreiche polnische und russische Studenten verhaftet.

Petersburg, 16. Juli. Nach einer Depesche der „Nowoje Wremja“ aus Nikolajew vom 1. d. M. (wegen Beschädigung der Telegraphenleitung ist die Meldung verspätet eingetroffen) thut die chinesische Regierung nichts, um ihre Unterthanen, welche die beim Bau der chinesischen Ostbahn beschäftigten russischen Ingenieure und Arbeiter überfallen, im Jaum zu halten. Es sollen gegen derartige Vorkommnisse energische Maßnahmen getroffen werden.

Petersburg, 16. Juli. Wie die Kronstädter „Wesnik“ erzählt, ist die Frage des Ankaufs einer großen Schiffswerft in Sebastopol durch den russischen Staat in bejahendem Sinne entschieden worden. Infolge dieses Ankaufs erhält die russische Flotte im Schwarzen Meer die Verfügung über drei große und drei kleine Docks sowie über umfangreiche mechanische Werkstätten, sodas sie auf ihrer neuen Werk selbst große Schiffe zu bauen vermag und alle Ausbesserungen und sonstige Arbeiten ausführen kann.

Afrika.

— Zwischen England und Abyssinien dürfte sich ein vielleicht folgenschwerer Wetstreit entwickeln wegen des Mahdisten-Gebietes. Ein aus Harar vom Grafen Bittenburg an den Afrikaforscher Dr. Paulsen in Wien gesandtes Schreiben theilt mit, daß die Schaaren Menelik's im Westen seines Reiches bis zum Weißen Nil vorgedrungen seien und daß der Negus offenbar die Absicht verfolge, Chartum, die Hauptstadt der Berwische, in seine Gewalt zu bringen. Chartum hat für Menelik sehr große Bedeutung, da es ihm, der vom Meere abgeschlossen ist, die Nilstraße eröffnet. England seinerseits bemüht sich infolge dieses Vorgehens Menelik's zu verhindern, seine Suban-Expedition schnell und energisch einzuleiten, um Chartum früher zu erreichen und einzunehmen. Unter diesen Umständen kann es leicht geschehen, daß es zu Konflikten zwischen England und Abyssinien kommt.

Prätoria, 15. Juli. Der Volksraad beschloß mit 18 gegen 9 Stimmen, die Regierung aufzufordern, ein abgeändertes Gesetz über die Ausweisung solcher Ausländer, die man als lästig ansieht, vorzulegen. Die Revision des Gesetzes bezweckt, den obersten Gerichtshof als die einzige Instanz zu bestimmen, welcher die gerichtliche Entscheidung über eventuelle Ausweisungen zuzusehen soll.

Amerika.

Aus Buenos-Aires wird den „Times“ vom 15. d. M. gemeldet. Nachrichten aus Uruguay stellen fest, daß die Aufständischen

in einigen Schanzkellen über die Regierungstruppen unter General Muniz Vortheile errungen hätten. — Telegramme aus Brasilien behaupten, daß die politische Lage in Rio de Janeiro schwieriger geworden sei infolge offenen Widerstandes gegen die Politik des Präsidenten.

Ueber den Stand der Achtstunden-Bewegung der englischen Maschinenbauer

liegt heute nur wenig Neues vor. Der „Daily Chronicle“ zufolge haben die Kesselschmiede London's in einer Delegirtenversammlung gegen die Forderung ihrer Gewerkschaft entschieden. Einer öffentlichen Versammlung soll die Theilnahme an dem Kampfe um den Achtstundentag empfohlen werden. — Interessant sind die Neuerscheinungen, die Herr Siemens, der jetzige Leiter der Londoner Firma Gebrüder Siemens, die an den Ausbesserungen hervorragend betheiligte ist, einem Vertreter der Presse gegenüber machte. Die Frage des Reporters, ob die Unternehmer das von den Arbeitern erlassene Manifest beantwortet würden, verneinte er. Es handele sich für sie lediglich um die Frage, ob sie selbst oder ihre Arbeiter die Betriebe zu leiten hätten. Noch mehr zeigt sich der engherzige Standpunkt des aus Deutschland stammenden Unternehmers in folgenden Worten: „Vor kurzer Zeit sprach eine Deputation des vereinigten Komitees (der Arbeiter) bei mir vor. Das erste, was ich die Leute frag, war, ob sie in unserem Werke beschäftigt seien, und als sie das verneinten, lehnte ich es ab, mit ihnen zu diskutieren.“ Die bekannte Schneidigkeit! (Wenn wir recht unterrichtet sind, ist Herr Siemens Reserve-Vizepräsident d. Reich.) Nun, vielleicht kommt noch einmal die Zeit, wo Herr Siemens die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiter selbst aussucht. Die von den Arbeitern zu gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit sprechenden, im Manifest niedergelegten Gründe läßt natürlich Herr Siemens nicht gelten.

Der „Wolfsbane Zeitung“ wird aus London noch folgendes mitgetheilt: Die Zahl der Arbeiter, die an dem Aufstand in der Maschinenindustrie betheiligte sind, war anfänglich viel zu hoch angegeben worden. Bis jetzt sind von der Arbeitsperre oder vom Aufstand betroffen worden: in London 2500 Arbeiter, am Clyde 3500, in Manchester 2500, in Belfast 850, am Tyne 3000, am Wear 400, in Hull 750, im West-Riding 200, in Leicester 50, in Chelmsford 50, in Slough 30. Es sind im ganzen 13750 Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbauer. In den Fabriken, wo die Arbeit ruht, sind 18 000 000 Pfd. Kapital angelegt. Der Rektor der englischen Arbeiterführer, George Howell, hat, da ja der Streit um die Einführung des Achtstundentages so die dreht, gerathen, daß in Werkstätten, wo die Arbeiter jetzt 54 Stunden die Woche arbeiten, die Arbeitszeit auf 51 Stunden verringert werden sollte. Wo die Arbeitszeit 53 Stunden beträgt, sollte sie sofort auf 50 Stunden gebracht werden. Und das alles unter dem klaren Einverständnis, daß nach zwei Jahren in allen Maschinenwerkstätten des Landes nur 48 Stunden die Woche gearbeitet wird. Die Zwischenzeit würde die Arbeiter in den Stand setzen, die Kontrakte zu erledigen, die sie unter dem jetzigen System eingegangen sind. Die Arbeiter würden ihren Zweck erreichen, ohne dem englischen Lande einen Verlust zuzufügen. Daß die Arbeiter diesem Rathe ihres alten Führers folgen wollen, ist sehr unwahrscheinlich. Denn der Sekretär des Gewerksvereins der Maschinenbauer, Barnes, sagt: „Wir wollen keine Vermittlung. Davon zu reden ist an der Zeit, wenn die Arbeiter verlieren, aber wir werden nicht verlieren.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Ueber den Arbeitsnachweis, der in dieser Woche von dem Bunde der Bau-, Maurer- und Zimmermeister eingerichtet ist, wird seitens der betheiligten Arbeiter eine lebhafteste Agitation entfaltet. Außer den Zimmerern in Berlin und Umgebung sowie Charlottenburg beschloßen auch die Maurer, den Arbeitsnachweis nicht zu benutzen. Wohl nicht mit Unrecht nehmen die Arbeiter an, daß diese Institution von den Unternehmern noch zu ganz anderen Zwecken als den der Arbeitsvermittlung geschaffen ist. Die Ausnahme scheint zutreffend zu sein, daß man durch diese Einrichtung den Arbeitern den Gebrauch ihrer gesetzlich gewährtesten Rechte verweigern will. Die Handhabung des Nachweises ist dem berechtigten Bureau der Metallindustriellen vollständig angepaßt. Das schwarze Listen-system hat sich im Vorjahre bereits bemerkt gemacht und soll nun allgemein zur Einführung gelangen, damit man diejenigen, die für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, genau kennt und sie von den Bauhäuten fernhalten kann. Der Paragraph 102 der Reichsgewerbeordnung war dem Unternehmertum nicht ein Dorn im Auge. Da er aber nun doch besteht, deshalb verfuhr man es auf diese Weise, die Ausübung desselben illusorisch zu machen. Gewiß gerechtfertigt ist es daher, wenn die Arbeiter eine gemeinsame Verwaltung des Arbeitsnachweises von Arbeitern und Unternehmern fordern, um derartige Machinationen unter dem Verdammnis der Arbeitsvermittlung unmöglich zu machen. Die Zimmerer verlangen von ihren Kameraden, daß sie den Arbeitsnachweis unter allen Umständen meiden, ebenfalls die Maurer, die außerdem ein Flugblatt auf allen Bantzen verbreiten, in welchem vor der Benutzung des Nachweises gewarnt wird.

Achtung, Zinkgäher und Stürzer! Wegen fortgesetzter Lohnreduktion bei der Firma G. Falckson, Wasserborstraße 9, waren die Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Inzug ist fern zu halten. Die Agitations-Kommission.

Deutsches Reich.

Achtung, Graveure und Bisenre! Bei der Firma Kästner in Krefeld a. N. ist dem Delegirten zu unserer letzten Generalversammlung und dem Kassier der dortigen Filiale von dem betreffenden Prinzipal gekündigt worden. Trotzdem der Betrieb erst in letzter Zeit vergrößert worden war, begründet der betreffende Chef die Kündigung mit schlechtem Geschäftsgang, mußte aber doch nachher zugeden, daß den Grund zur Kündigung die Thätigkeit der beiden Kollegen gegeben hat. Wir ersuchen um die Kollegen allerorts, Stellenangebote aus obiger Werkstelle nicht anzunehmen. Der Verbandsvorstand.

In Braunschweig hat vom 7. bis 10. Juli der Bund deutscher, österreichischer und schweizerischer Brauergelegen getagt. Der Bund soll, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, im letzten Jahre eine günstige Entwicklung genommen und mit Erfolg „gegen das Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen“ gearbeitet haben. Die Mitgliederzahl ist von 2000 auf 3000 angewachsen. Der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Verband deutscher Brauerarbeiter hat unseres Wissens etwa 8000 Mitglieder.

In Delmenhorst befinden sich jetzt 210 Feinspinner und 225 Weber im Ausstand. Gegen 300 Hilfsarbeiter müssen infolge dessen ebenfalls feiern. — In der Wolltammerci sind es 1500 Personen, die im Ausstand sich befinden oder sonst feiern müssen.

In Meissen-Göln hat der Aufstand in der Dampfschen Osefabrik nach dreiwöchentlicher Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet. In einer öffentlichen Versammlung vom Montag wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem Herr Haupt durch schriftlich abgegebene Erklärung sämtliche gestellten Forderungen bewilligt. Ergrungen wurde eine 10- bis 30-prozentige Lohnerhöhung auf besonders schwere Muster und Befestigung verschiedener Mischstände. Herr Haupt, der anfangs des Streiks verkündete, daß er denselben ein halbes Jahr aushalte, wurde durch das feste Zusammenstehen der Ausständigen eines anderen belehrt. Da sich trotz der gebeten Bemühungen keine Streikbrecher fanden, mußte er wohl oder übel nachgeben.

In der Fabrik mechanischer Musikwerke von Adler in Leipzig-Gohlis sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter verweigern die Unterzeichnung einer neuen Arbeitsordnung.

Die Maßregelung der zwei Aufsichtsmittelglieder des Gewerksvereins der russischen Bergarbeiter durch die Jochan-

Verwaltung der Zeche Osterfeld (Westf.) kann leicht die Ursache werden zu einem Ausbruch. Am nächsten Sonntag wird die 2000 Mann zählende Bergschicht, die fast alle Mitglieder der Gewerkschaft sind, dazu Stellung nehmen, sie verlangt die Wiedereinstellung ihrer Kameraden.

Zu Bochum haben von den 116 organisierten Zimmerern — 164 sind überhaupt am Ort — bis jetzt 74 ihren Meistern gekündigt. Es wird ein Mindestlohn von 42 Pf. verlangt.

Zusätzliche Forderungen der hiesigen Gasarbeiter in Mannheim sind nach nochmaliger Unterhandlung mit der Stadtbehörde bewilligt worden.

Zum Töpferstreik in München wird uns aus dem Verbandsbureau der Töpfer geschrieben: In der gestern abgehaltenen öffentlichen Versammlung, welcher Unterhandlungen mit der Innung vorausgegangen waren, wurde, nachdem über die gestellten Lohnforderungen eine Einigung bereits erzielt war, nochmals über den neunhündigen Arbeitstag verhandelt. Die Innung hatte vor dem 9 1/2 Stunden bewilligt. In dieser Versammlung nahmen die Streikenden, diejenigen, die während des Streiks weiter gearbeitet hatten und auch die Mitglieder der katholischen Fabrikorganisation teil und beschloffen einstimmig, an dem neunhündigen Arbeitstage festzuhalten. Nachher anwesende Meister erklärten darauf, daß der Neunhunderttag nunmehr auch von ihnen angenommen werden würde. Die Innung hatte übrigens schon vorher beschlossen, dem Resultat dieser Versammlung beizutreten und wird dies voranschicklich nun endgiltig thun.

Ausland.

Gegen tausend Ochsflücker und Pflückerinnen haben bei Triest wegen verweigerter Lohnaufbesserung die Arbeit eingestellt.

Bei der schweizerischen Nordostbahn sind endlich mit 1. Juli die Lohnerbhöhungen für das Personal in Kraft getreten. Die zu leistenden Nachzahlungen betragen 115 104 Fr., mit deren Entrichtung bereits begonnen wurde.

Das internationale Buchdruckersekretariat in Bern hat zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker in Italien im ersten Quartal circa 17 000 Fr. eingenommen und davon bis Ende März 15 000 Fr. ihrem Zwecke zugeführt. Dem internationalen Verbande ist auch der serbische Typographen-Verein beigetreten.

Zur Aussperrung der Maschinenarbeiter in Dänemark. Die Aussperrung der Former hat nun in umfangreichem Maßstab stattgefunden. In Kopenhagen sind nicht weniger als 300 Former entlassen und in der Provinz beträgt die Zahl bereits dreihundert, und täglich folgen noch weitere Entlassungen. Von mehreren Fabriken sind den Formern Kontrakte vorgelegt, in denen sie sich verpflichten sollen, die Maschinenarbeiter nicht zu unterstützen. Die Zustimmung ist aber überall mit Protest zurückgewiesen worden.

Im belgischen Streikgebiet ist die Situation noch ganz die gleiche. Die „Köln. Zig.“ läßt sich zwar aus Brüssel unter dem 15. d. M. drängen, daß nur noch 10 000 streikenden und daß auch diese längst arbeiten würden, wenn die „Sozialistenführer“ nicht dagegen wären. Demgegenüber stellen die soeben eingetroffenen Brüsseler Blätter „Le Peuple“ und die bürgerlich radikale „Reform“ vom 16. Juli übereinstimmend fest, daß die paar hundert Bergleute, welche vor einigen Tagen angefahren waren, jetzt wieder mitstreiken, so daß die Zahl der Aussperrten noch wie vor 20 000 beträgt. Die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung ab; selbst der Sitzung des Gewerbe- und Industrie-Raths waren sie fern geblieben.

Ein Streik der Telegraphen droht in London anzubreaken. Diese Kategorie der Postbeamten ist bei der letzten allgemeinen Aufbesserung nach ihrer Meinung zu wenig bedacht worden. Sie fordern nun ebenfalls Lohnerbhöhung.

Unternehmer-Verbände.

Ein neues Industriesyndikat hat sich in Belgien konstituiert. Es beabsichtigt in der Türkei große Ländereien anzukaufen, um darauf den Zuckerbau zu betreiben. Herr Gillekens, Professor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Gembloux befindet sich seit einiger Zeit in Konstantinopel, um den Boden der Umgebung zu untersuchen.

Werkartell in Deutschland. Die bedeutendsten deutschen Etablissements haben sich zu einem Verband deutscher Grobblech-Walzkreuzer vereinigt und vom 1. Juli ab den Verkauf sämtlicher auf ihre Werke hergestellten Bleche aus Schweizeisen und Stahleisen jeder Art in den Stärken von 5—40 Millimeter, und zwar sowohl in unbearbeitetem wie in bearbeitetem Zustande, als Kesselsbleche aller Art, inklusive Boden-, Lokomotiv- und Tenderbleche, Konstruktions-, Behälter- und Schiffbleche, der von ihnen neu erichteten Agentur deutscher Grobblech-Walzkreuzer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu Essen übertragen. Die Agentur hat ihren Sitz in Essen. Eine Zweigniederlassung ist in Berlin errichtet, und eine weitere wird demnächst in Saarbrücken gebildet werden.

Soziales.

Krankenkassenwesen. Das Reichskanzleramt macht bekannt, daß auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes folgenden Krankenkassen: 1. der Unterstützungskasse in Krankheitsfällen, genannt „der treue Weiland“ von 1866 in Altona (S. H.), 2. der Hamburg-Altonaer Arbeiter-Krankenkasse (S. H.) in Altona, von neuem die Versicherung erteilt worden ist, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Ueber die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern in Mühlhausen machte Rektor Wähling, Mühlhausen auf der zu Großengotttern stattgehabten Gewerkschaftsversammlung der Lehrervereine an der oberen Anstalt recht bemerkenswerte Mitteilungen. Mühlhausen hat lebhafteste Industrie, welche viele Kinder beschäftigt. In der Metallindustrie arbeiten nur 2 Kinder. Derselben verfertigen Sicherheitsnadeln. In der Holzindustrie sind gewerblich beschäftigt 123 Knaben und 108 Mädchen, Aufwartendienste verrichten 101 Knaben und 118 Mädchen. Die Schule zählt 1880 Kinder. Von diesen entfallen auf die 6. Klasse 330 Schüler, sodas unter 1500 Kindern 448 = 29 pCt. Lohnarbeiter sind. Die 5. Klasse weist bereits 83 Kinder auf = 10 pCt., die in der Hausindustrie beschäftigt sind; die 4. Klasse 67 Kinder = 21 pCt., die 3. Klasse 63 Kinder = 20 pCt., die 2. Klasse 123 Kinder = 38 2/3 pCt., die 1. Klasse 129 Kinder = 50 pCt. Die Wirkungen der gewerblichen Arbeit auf die Entwicklung der Kinder spiegeln folgende Angaben wieder: 126 sind einmal, 95 mehrere Male fieberig geblieben; das sind 49 pCt. aller arbeitenden Kinder. 40 pCt. sind beinahe blödsinnig, bei 27 beklagen sich die Lehrer über Stumpfheit. Am meisten geschädigt werden die Kleinen der 5. Klasse. In der Industrie beschäftigt sind in der 3. Klasse keine, in der 4. Klasse 42, in der 2. Klasse 46, in der 1. Klasse 50, in der 1. Klasse 42 Kinder. 68 Kinder arbeiten vor der Schule, 163 über Mittag, 298 nachmittags, 199 über Mittag und noch der Schule. Vor, zwischen und nach der Schule arbeiten 9 Kinder, täglich bis 8 Uhr arbeiten 42 Kinder, nach 10 Uhr abends noch 13 Knaben, 9 arbeiten bis 12 Uhr nachts und darüber, so einer als Reiner Sonnabend, Sonntag und Montag.

Eine erhebliche Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit in Deutschland im Jahre 1896 gegenüber dem Vorjahre läßt sich schon jetzt, trotzdem noch nicht alle Staaten ihre Gewerbe-Inspektionsberichte herausgegeben haben, konstatieren. Nach den bisher erschienenen Berichten der 7 größten Bundesstaaten stellt die „Soz. Praxis“ darüber folgendes fest: In den Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen von Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen waren beschäftigt erwachsene Arbeiterinnen im Jahre 1895: 609 711 gegen 641 702 im Jahre 1896. Auch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter von 14—16 Jahren ist in denselben Staaten eine weit größere geworden, nämlich 213 443 gegen 193 323. Und endlich die kindlichen Arbeiter unter 14 Jahren sind von 4178 im Jahre 1895 auf 5154 im Jahre 1896 gestiegen.

Der Wandsbeker Polizeichef, Stadtrath Schow, wegen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung und thätlicher Beleidigung auf der Anklagebank.

Altona, den 16. Juli 1897.

Ein Aufsehen erregender Prozeß gelangt am Sonnabend vor der ersten Ferien-Strasammer des hiesigen kgl. Landgerichts zur Verhandlung. Der 23jährige Posthilfsbote Vollstedt in Wandsbeck hatte eines Tages in angeheitertem Zustande zwei Personen auf öffentlicher Straße mißhandelt. Die Mißhandelten stellten gegen den jungen Mann Strafantrag. Aus diesem Anlaß berief der Chef der Wandsbeker Polizei, Stadtrath Schow, den Vollstedt auf sein Amtszimmer und machte ihm ernstliche Vorhaltungen. Da Vollstedt seine That zu bereuen schien, so gab Schow ihm den Rath, die Mißhandelten um Verzeihung zu bitten und diese zu veranlassen, die Strafanträge zurückzuziehen mit dem Bemerkten, daß dies jedenfalls auf das Strafmaß von Einfluß sein würde. Vollstedt versprach, diesem Rathe Folge zu leisten. Einige Tage darauf, am 1. Mai d. J., bestellte Schow den Vollstedt in seine Privatwohnung. Vollstedt erschien auch zur festgesetzten Zeit. Er wurde von Schow mit den Worten empfangen: „Sag mal, Freundchen, Du siehst jetzt auf dem Scheidewege, was willst Du für ein Mensch werden? Weißt Du, was Du verdient hast, Du Schlingel, Du Schweinigel? Eine gehörige Tracht Prügel, und die sollst Du auch haben.“ Darauf befahl Schow dem Vollstedt, seine Fersen herunterzuziehen und sich über die Sophalehne zu legen. Der junge Posthilfsbote kam dieser Aufforderung auch anstandslos nach. Rummel ergriff Schow eine sogenannte Klopffeitsche, wie sie beim Militär zum Reinigen der Montierungsfüße benutzt wird, und versetzte damit dem jungen Mann sieben kräftige Hiebe auf den entblößten hinteren Körpertheil. Wodann entließ Schow den jungen Mann mit den Worten: „Das bleibt aber unter uns.“ Allein dem jungen Posthilfsboten war der hintere Körpertheil infolge der erhaltenen Schläge dick angeschwollen. Die, mit Blut unterlaufene Strieme gab Zeugnis von der erhaltenen Züchtigung. Der junge Mann litt fürchterliche Schmerzen, so daß, zumal er vollständig am Sitzen verhindert war, er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Dadurch gelangte der Vorgang zur öffentlichen Kenntniß. Inzwischen fand eine von mehr denn zweitausend Personen besuchte Bürgerversammlung in Wandsbeck statt. Nach einem Referat des Stadtverordneten Verun faßte die Versammlung eine längere Resolution, in der das Vorgehen des Polizeichefs, als ein, weil unmoralisch und ungesetzlich, zurückzuweisen der Polizei-Vollmacht gekennzeichnet und von der zuständigen Stelle Genehmigung verlangt wird für das die ganze Bürgerschaft beleidigende Ausschreitungsverfahren. Die Genehmigung erblickt die Bürgerschaft zunächst darin, daß der Stadtrath und Polizeichef Schow unverzüglich vom Dienst suspendirt und daß nach Feststellung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen das Strafverfahren eingeleitet wird. Diese Erklärung, welche an den Magistrat, das Landratsamt, den Regierungspräsidenten und den Minister des Innern gesandt wurde, hatte zur Folge, daß Schow vom Amte suspendirt und das Disziplinarverfahren gegen diesen eingeleitet wurde. Stadtrath Schow soll ihm in vernehmlichen Regierungskommunikat bemerkt haben: Er habe schon mehrfach junge Leute, die sich vergangen hatten, mit deren Zustimmung in ähnlicher Weise körperlich geprügelt; er erblicke darin das wirksamste Mittel, um junge Leute auf den rechten Weg zurückzuführen — ein Vorgehen, das ihm schon manchen Dank eingebracht habe; er besitze sogar 13 Dankschreiben von Eltern resp. Vormündern. Aus denselben Beweggründe habe er auch dem Vollstedt einen „fühlbaren Dentsettel“ gegeben, nachdem er sich zuvor seiner Einwilligung versichert hatte. Vollstedt habe ihm auch während der Züchtigung Besserung gelobt. Nach geschehener Prozedur habe Vollstedt ihm die Hand gedrückt und für die empfangenen Schläge gedankt. — Allein Vollstedt soll dies unter seinem Eide bestritten und behauptet haben: er sei durch das Mißhandlung des Stadtraths derartig bedrückt gewesen, daß er die Mißhandlung willenlos über sich habe ergehen lassen. Infolge eines gestellten Strafantrages hat die Staatsanwaltschaft gegen den Polizeichef Anklage wegen körperlicher Mißhandlung und thätlicher Beleidigung erhoben.

Gerichts-Beitrag.

In einer öffentlichen Volksversammlung hatte der Arbeiter B. Druckschriften vertheilt, worin zum Abonnement auf den „Vormärts“ aufgefordert wurde. Hierin erblickte die Anklagebehörde einen Verstoß gegen § 10 des preussischen Preßgesetzes vom Jahre 1851, wonach verboten wird, an „öffentlichen Orten“ Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß zu vertheilen. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten auch für schuldig befunden und ihn zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilt. In der gestrigen Berufungssitzung vor der achten Strasammer des Landgerichts I steht der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Sonnenfeld, das erste Urtheil als anzutreffend an. Er wies darauf hin, daß die angeführte Bestimmung seit dem Jahre 1886 wieder aufgehoben worden sei. Auf Antrag des Abgeordneten Eugen Richter sei das Vertheilen von Druckschriften in Wirthshäusern völlig freigegeben und dies im § 143 der Reichs-Gewerbe-Ordnung zum Ausdruck gebracht worden. Er könne sich daher nicht mit einer einfachen Freisprechung begnügen, sondern beantrage, daß auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt würden, denn es handle sich hier um eine reine Rechtsfrage und es könne dem Angeklagten nicht zugemuthet werden, ohne einen Verteidiger zum Termine zu erscheinen. — Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte im vollen Umfange nach dem Antrage des Verteidigers.

Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die am 1. Januar 1897 in Kraft getreten ist, knüpft bekanntlich die Erwerbung des Wandergewerbescheins an viel schroffere Bedingungen, als wie bisher. In den interessirten Kreisen ist vielfach die Meinung vertreten, diese neuen Bedingungen kämen noch nicht zur Anwendung bei den Gesuchen um Ertheilung des Wandergewerbescheins für 1897, die im Jahre 1896, also vor dem Inkrafttreten der Novelle eingereicht wurden. Das Oberverwaltungsgericht hat hierüber nunmehr in verschiedenen Fällen zu ungünstigen der betreffenden Kläger entschieden. Für die Frage der Anwendung sei entscheidend, für welche Zeit der Schein nachgefragt werde. Falls diese innerhalb des Geltungsbereiches des neuen Gesetzes, dann seien die neuen Bestimmungen maßgebend.

Weil er über sein steuerpflichtiges Einkommen vier Jahre hintereinander Thatfachen verschwiegen hatte, die für die Berechnung der Steuer wesentlich waren, war der Koch P., Küchenschef in einem der größten hiesigen Hotels, in zwei Instanzen zu 586 M. Strafe verurtheilt worden. Wegen des ebenfalls von der Anklage im vorliegenden Umfange, daß P. eine ihm einmal zugewiesene Taxidrome von 2000 M. nicht als Einkommen angegeben hatte, war aber vom Vorderrichter unter der Ausföhrung auf Freisprechung erkannt worden, daß diese Taxidrome nicht einen feschliegenden Anspruch des Angeklagten gebildet, sondern nur vom Belieben des Hotel-Direktors abgehoben habe und also auch nicht als zu versteuernde Einnahme hätte aufgeführt zu werden brauchen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft, der sich die Direktion der Verwaltung der direkten Steuern zu Berlin mit Genehmigung des Kammergerichts als Nebenklägerin angeschlossen und namentlich die lehterwähnte Rechtsanschauung des Vorderrichters gerügt hatte, erkannte am Donnerstag der Ferienhof des Kammergerichts im Sinne der Revision auf Aushebung der Vorentscheidung und Zurückverweisung der Sache in die Vorinstanz zum Zwecke anderweiter Feststellung und Entscheidung.

Unter der Anklage der verachteten Erpressung stand gestern der Kaufmann Rog Edmüller vor der dritten Ferien-Strasammer des Landgerichts I. Eine englische Firma, welche Baseline und die daraus hergestellten Erzeugnisse vertreibt, besitzt hier eine

Filiale. Die letztere beschäftigt eine ganze Anzahl Reisende. Der im Gebirge wohnhafte Angeklagte beward sich um einen solchen Posten und erhielt von dem Vorsteher der Filiale die Antwort, daß tüchtige Leute jederzeit angenommen würden. Die Bewerber hätten aber zuvor einen 5 bis 6tägigen Kursus in der Filiale durchzumachen, um den Artikel, seine Eigenschaften u. s. w. kennen zu lernen. Nach Beendigung des Kursus habe der Bewerber sich einer Prüfung zu unterwerfen, bestrebe er diese, werde er unter den üblichen Bedingungen angenommen. Dem Angeklagten wurde auf seinen Wunsch eine Entschädigung von 10 M. als Theilbetrag für die Reisekosten gewährt. Er kam nach Berlin und wohnte dem Kursus bei. Beim Examen lautete das Zeugniß „ungenügend“, der Bewerber mußte wieder abreisen. Er sandte dann von seiner Heimath aus ein Schreiben an den Vorsteher der Filiale, worin er Anspruch auf völligen Ersatz seiner sich auf 34 M. bemessenden Unkosten erhob. Er knüpfte daran die Drohung, daß er im Falle einer Weigerung sich an den Droguisten-Verband wenden und in der Fachpresse veröffentlichen würde, in welcher Weise die Firma die Apotheker vor den Droguisten bei Geschäftsabzschlüssen bevorzugte.

Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß in dem Verhalten des Angeklagten die Thatbestandsmerkmale der verachteten Erpressung erfüllt seien, es wurde nach dem Antrage auf eine Gefängnißstrafe von 10 Tagen erkannt.

Wegen Mißhandlung eines Knächtes hatte sich der Inspektor Karl Frazer zu Fröschroggen vor dem Schöffengericht in Binzig (Schlesien) zu verantworten. Er machte am 11. Mai dem Gutermann Underricht schwere Vorwürfe, daß der Stall nicht in der angegebenen Weise in Ordnung gebracht, und schimpfte andauernd, obgleich der Mann darlegte, daß er mehrmals mit ihm Feld mußte und garnicht Zeit hatte, den Stall zu säubern. Schließlich wurde dem Inspektor noch der Widerspruch gegen seine beleidigenden Äußerungen lästig und er schlug mit seinem Weichschafstod (der allerdings angebrochen gewesen sein soll) auf den fast sechsjährigen Arbeiter ein, bis der dicke Stod zerbrach und das Blut an dem Mann herunterströmte. Unverricht ist infolge dessen acht Tage krank gewesen und behauptet, daß er seitdem etwas schwerhörig geworden. Der saubere Inspektor ist wegen Körperverletzung schon dreimal mit kleinen Geldstrafen belegt worden; auch diesmal wurde auf eine solche erkannt und zwar in Höhe von 200 M. event. drei Wochen Gefängniß.

Den durch Ausströmen von Feuerfunken aus den fahrenden Lokomotiven entstehenden Waldbränden scheint man jetzt mit dem Feld- und Forstpolizeigesetz entgegenzutreten zu wollen. So erhielten vor kurzem zwei Lokomotivführer der Nordbahn, aus deren Lokomotiven Feuerfunken in den umgebenden Wald übergesprungen seien, Strafmandate wegen Uebertretung des § 44, 2 des genannten Gesetzes. Diese Bestimmung lautet: „Mit Geldstrafe oder Haft wird bestraft, wer im Walde brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt.“ Die in Strafe genommenen Lokomotivführer haben richterliche Entscheidung beantragt und sind vor das Schöffengericht zu Oranienburg geladen, vor welchem sie der Syndikus des Vereins der Berliner Lokomotivführer, Schriftsteller Frankel, der als Verteidiger zugelassen ist, vertreten wird. In den Kreisen der Lokomotivbeamten sieht man der gerichtlichen Entscheidung mit ernstlichem Interesse entgegen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 16. Juli. (S. H.) Die „Köln. Zig.“ bezeichnet die Wiesbadener Rede des Professors Reichhold als eine bedeutsame Kundgebung an die leitenden Kreise, die der Stimmung der Nation einen machtvollen Ausdruck verleihen. Öffentlich werde das Wort dieses Patrioten zur Selbstbestimmung einladen. Die Sache des Bürgerthums sei es, bei den nächsten Wahlen in den Parlamenten einen ebenen Wall gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion aufzurichten und von den Volkvertretungen aus die Grundlagen für eine ruhige und stetige Politik zu schaffen. Manche Vorbereitungen dazu seien bereits vorhanden: Da das deutsche Volk sich nicht mehr der Vorführung einer überlegenen Führung erzeue, sei es genöthigt, seine politische Reife zu beweisen, indem es Parlamente wählt, zu deren Einsicht und Besonnenheit der Bürger Vertrauen habe.

Frankfurt a. M., 16. Juli. (S. H.) Der „Frankfurter Jtg.“ wird aus Gomburg v. d. H. gemeldet: Ein Vermächtniß von 170 000 Mk. hat Herr Eduard del Castillo aus Havana, zur Zeit in Mexiko wohnhaft, der hiesigen Stadt nach seinem Tode zugesichert. Die Zinsen kommen zur Hälfte an das Versorgungshaus, die andere Hälfte soll zur Unterstützung verschämter Armer Gomburgs Verwendung finden.

Wien, 16. Juli. (S. H.) Das Ministerium des Innern entzog der in Dresden erscheinenden „Deutschen Wacht“ den Postdebit für ganz Oesterreich.

Wegen (Berner Oberland), 16. Juli. (S. L. B.) Am 9. d. M. entsetzte sich ein norddeutscher Kurast, angeblich Philipp Grazer aus Berlin, auf seinem Pensionatort auf der Bengernalp, um, wie er sagte, nach Müren oder nach Grindelwald zu gehen. Derselbe ist bisher nicht zurückgekehrt und konnte auch trotz aller Nachforschungen noch nicht aufgefunden werden. Man vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen sei.

Paris, 16. Juli. (S. L. B.) Die Deputirtenkammer beriet die Gesetzentwürfe über die direkten Steuern, welche nach dem Vorschlage der Regierung, Steuererhöhungen im Betrage von 25 Mill. Franks festsetzt. Cavaignac vertheidigt seinen Gegentwurf, welcher die Einführung einer Einkommensteuer erstrebt. Finanzminister Cochery wies auf die Schwierigkeit bei der Durchführung des Gegentwurfs Cavaignacs hin und erklärte das System für un durchführbar. Cochery hat schließlich, für die Regierungsvorlage zu stimmen. (Beifall.) Ministerpräsident Mellin bekämpfte die progressive Einkommensteuer, erklärte, die Einführung derselben stehe im Gegensatz zur Politik des Kabinetts und stellte die Vertrauensfrage. (Beifall.) Hieraus wurde der Gegentwurf Cavaignacs mit 282 gegen 240 Stimmen abgelehnt.

London, 16. Juli. (S. L. B.) Das „Renter'sche Bureau“ meldet aus Peking vom gestrigen Tage, daß dort, im Gegensatz zu der offiziellen Erklärung Hanotang im französischen Ministerath vom 19. Juni, behauptet werde, es sei keinerlei Uebereinkommen unterzeichnet worden, welches Frankreich in der Provinz Jünnan Vergünstigungen für den Eisenbahnbau und den Bergwerksbetrieb einräume. Der französische Gesandte habe einen angeblichen Vertrag vorgelegt, der in Paris von dem chinesischen Gesandten und dem Minister des Auswärtigen Hanotang unterzeichnet sei. Das Tschung-li-Jamen bestricke die Gültigkeit des Dokuments und habe gedroht, den chinesischen Gesandten von Paris abzurufen, falls er dasselbe unterzeichnet haben sollte. Das Tschung-li-Jamen habe verprochen, Frankreichs Mitwirkung in Anspruch nehmen zu wollen, sobald die chinesische Regierung in der Provinz Jünnan Bauten vornehmen lasse.

Stockholm, 16. Juli. (S. L. B.) Der Finanzminister Werfäll hat heute seine Entlassung genommen; er wird in seinem Amte durch den bisherigen Expeditionschef im Finanzministerium Grafen Hans Hansson Wachtmeister ersetzt werden.

Tromsö, 16. Juli. (S. L. B.) Der Dampfer „Svendstund“, welcher heute Nachmittag von Spitzbergen zurückkehrt, meldet, daß Andree am Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr unter günstigen Verhältnissen aufgestiegen ist. Es webte eine gute Brise.

Petersburg, 16. Juli. (S. H.) In Tscheljabinsk ging eine Wandwänerbarade, in welcher sich 300 Personen befanden, vollständig in Flammen auf. Sechs Auswänderer kamen ums Leben.

Belgrad, 16. Juli. (S. L. B.) Die Stupschima hat den Handelsvertrag mit Bulgarien angenommen.

Sofia, 16. Juli. (S. L. B.) Der russisch-bulgarische Handelsvertrag ist am 14. d. M. unterzeichnet worden.

Partheigenossen! Arbeiter!

Im Herbst d. J. finden die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner...

Die Liste der stimmberechtigten Bürger wird vom 15. bis 29. Juli d. J. täglich von 9-3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., zu jedermanns Einsicht anliegen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmberechtigte Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann.

Bei der Ausübung dieser Kontrolle wird es sich empfehlen, die letzte Steuerquittung mit zur Stelle zu nehmen, um, sollte die Eintragung verkannt sein, sofort die Nachtragung in die Liste beantragen zu können.

Möge niemand verabsäumen, dieser Pflicht nachzukommen, damit er im Falle, sein Wahlrecht auszuüben.

Um den Parteigenossen, die keine genügende Zeit zur Einsichtnahme in die Wählerlisten übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich folgende Parteigenossen bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen, um dann für diese die Einsicht in die Wählerlisten zu besorgen:

I. Wahlkreis.

G. Böttner, Charlottenstr. 82. W. Ballhauer, Kronenstr. 72. C. Boldt, Kanonenstr. 7. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. M. Brschel, Jüdenstr. 86. J. Gärtner, Mollenstr. 12. Carl Böttner, Charlottenstr. 24, Hof IV.

II. Wahlkreis.

Kleinert, Zeitungspediteur, Dönnelstr. 15. Falter, Schankwirt, Pallasstr. 16. Antrid, Cigarrengeschäft, Steinmehstr. 60. Werner, Schankwirt, Bülowstr. 59. Kising, Belle-Alliancestr. 174. Grube, Mariendorferstraße, Ede Solmsstraße. Lüdike, Jossenerstr. 10. Imhof, Mittenwalderstr. 16. Reichelt, Hasenheide 46-47. Paul Müller, Gräferstr. 31. Schonheim, Gräferstr. 8. Gwald, Schönleinstraße 6.

III. Wahlkreis.

Wilt, Börner, Ritterstr. 15. Glid, Simeonstr. 28. Pönik, Brandenburgstr. 54. Götte, Brandenburgstr. 18. Wörner, Rösslerstr. 10a. Zerger, Sebastianstr. 72. Lionz, Alte Jakobstr. 69. Bier, Alte Jakobstr. 119.

IV. Wahlkreis (Osten).

D. Franks, Friedrichsbergerstr. 11. H. Baumgarten, Königsbergerstraße 7. D. Jabel, Frankfurter Allee 90. W. Späth, Weinstr. 28. A. Vogel, Eßlingerstr. 9. P. Kobus, Nigaerstraße 127.

IV. Wahlkreis (Süd-Ost).

Sieberstein, Kaufher Platz 12a. Dierberg, Forsterstraße 17. Goltz, Grünauerstr. 8. Seidler, Ratiborstr. 16. Streit, Raumpstr. 66. Scholz, Wrangelstr. 27. Gesehe, Wrangelstr. 58. Mertens, Cuvyrstr. 85. Thiele, Zeitungspedition, Skaligerstr. 35.

VI. Wahlkreis.

Siegle, Schwedterstr. 88. Emil Schmidt, Treckowstraße 24. Augustin, Kastanien-Allee 11. Rieb, Schliemannstraße 48, Baden. Gröbler, Franschstr. 12, Baden. Namlow, Schönhauser Allee 188. Mars, Kastanien-Allee 95/96. Pinner, Cigarrengeschäft, Treckowstr. 32. Nide, Cigarrengeschäft, Saarbrückerstr. 7, part. Karl Fischer, Weußelstr. 9. Hof geradezu. Georg Kenser, Weußelstr. 24. Paul Grub, Weußelstr. 45. Otto Fischer, Weußelstr. 66. Joh. Döring, Thurmstr. 72. Robert Kern, Stromstr. 47. Joh. Pfarr, Putzstr. 10. Max Haber, Stephanstr. 11. Gustav Köhler, Calovinstr. 11.

Kommunales.

Die Bekers'schen Eheleute haben die Stadtgemeinde Berlin zu ihren Erben eingesetzt. Nach Aufstellung des Inventars ergibt sich für die Stadtgemeinde nach Abzug einiger im Testamente festgesetzten Legate die Summe von 730 000 M. Letztere soll nach testamentarischer Bestimmung zur Errichtung eines Asyls für arme Blinde Verwendung finden.

Das Magistratskollegium hat beschloffen, der hiesigen Schängengilde zur 150jährigen Feier der Wiedererlangung ihrer Privilegien eine Ehrengabe zu verleihen.

Kann die Freier zur Wiedererlangung der Privilegien nicht ohne das Hineinlangen in den Stadtsäckel statifinden?

Kokales.

Die Mitglieder der Lokalkommission werden ersucht, bis zum 20. Juli sämtliche Änderungen der Lokalliste in ihren Orten an Unterzeichneten einzusenden. Es sei darauf hingewiesen, daß nur Lokale mit Versammlungssälen in der Liste aufgeführt werden.

Die Arbeiterpresse der Provinz Brandenburg wird um Bekanntgabe gebeten.

Die Lokalkommission.

J. M.: Oskar Mahle, Berlin S., Prinzenstr. 8, St. I. Die „Freie Volkshöhne“ feiert am Sonntag, den 18. Juli, in Weihenfeld ihr erstes Sommerfest nach der Reorganisation des Vereins. Es ist seitens des Vorstandes und der Ordnerkommission Sorge getragen, dieses Sommerfest zu einem wirklichen Volksfest zu gestalten.

und Gesangs-Aufführungen, Spezialitäten, Rasperletheater, Volks- und Jugendspielen, Preis-Wettgelein, Land- und Wasserfeuerwerk, Blumen-Torso des Arbeiter-Radfahrervereins Berlin, einem Zyrler Schützenfest mit Aufführung und Festzug auf der Gartenbahn geboten werden.

Akkumulatoren-Omnibuse. Eine Probefahrt mit einem Akkumulatorenwagen der Firma C. Wilt, Kaiser u. Ko. (System Correux) und der Firma Ed. Kühlein, Charlottenburg, fand dieser Tage hier statt. Der sehr gefällig und elegant ansehende Wagen legte 60 Kilometer mit einer Ladung zurück und fuhr mit einer Geschwindigkeit von circa 12 Kilometer pro Stunde.

Zur Erleichterung unserer Genossen hängen wir die neueste Ente, welche die saure Curzeit in einem Theil der Bourgeoisie geachtet hat, niedriger: Die Sozialdemokraten im Bade. Die Vertreter der Arbeiterpartei haben bereits zum größten Theile ihre Baderreisen angetreten. Liebknecht weilt mit Familie in einem englischen Badeort. Nebel macht eine Reise durch Italien, Singer und Bamberger, die Geschäftsführer des „Vorwärts“, sind auf einer Nordlandreise begriffen.

Zu den betreffenden Redaktionsstuden scheint trotz des lähln Wetters arge Hitze zu herrschen. Wir empfehlen Eisdummschläge. Vielleicht beruhigt es die sorglosen Beobachter unserer Genossen, wenn wir ihren Wissensdurst stillen und ihnen mittheilen, daß weder die Liebknecht'sche Familie in London, noch Nebel in Italien, noch Singer und Bamberger auf einer Nordlandreise begriffen sind.

Mit der Schnurstrafe wird sich demnächst der deutsche Kerztag in Eisenach beschäftigen. Für das Referat sind vorgesehen: Dr. S. Thierich in Leipzig, prakt. Arzt und Gymnasialdirektor zu Bensheim, Prof. Dr. Dettweiler. Beide werden folgende sechs Thesen verlesen:

- 1. Die Mitwirkung der Kerzte zur Lösung schulhygienischer Fragen ist notwendig.
2. Den beamteten Kerzten ist überall die Begutachtung von Schulbauplänen, sowie die hygienische Aufsicht über die Schulgebäude zu übertragen.
3. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Einrichtung offizieller Schulärzte in Anlehnung an die Funktionen des beamteten Arztes für Volksschulen großer Städte zu empfehlen.
4. Die Regelung der Hygiene des Unterrichtes, einschließlich der Frage der Ueberbürdung, erfolgt durch die obere Schulbehörde, der ein Arzt als sachverständiges Mitglied angehört.
5. Die bisherigen Forschungen über Ermüdung von Schülern haben noch nicht zu einem abgeschlossenen Urtheil hinsichtlich ihrer praktischen Verwertung für die Schule geführt.
6. Es ist dringend wünschenswert, daß die Lehrer aller Schulgattungen, insbesondere die Leiter, sich die Grundzüge der Schulhygiene aneignen, um deren praktische Durchführung zu sichern.

Gegen die Anarchisten Landauer und Spohr ist das Verfahren wegen Meineid eingeleitet. Bekanntlich machten beide im

Koschmannprozeß unter ihrem Eide Bekundungen über einen gewissen Ubrmacher Henkman, derwegen sie sofort in Haft genommen wurden. Die Untersuchung gegen die Borgenannten hatte sich auch in Richtung des § 288 (Begünstigung) bewegt.

Ahwardt u. Co. In das Gesellschaftsregister des Berliner Landgerichts I ist folgende Eintragung geschehen:

Ahwardt u. Co. mit dem Sitz zu Berlin, Friedrichstr. 235. Gesellschafter sind der minderjährige Erich Ahwardt zu Groß-Lichterfelde und der Gastwirt und Kaufmann Emil Vobel zu Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der p. Vobel berechtigt.

Wahrscheinlich um den ewigen Placereien mit dem Gerichtsvollzieher zu entgehen, hat die Geschäftsgründung diese Form erhalten. Ungermanischer Geist hat aber solche Geschäftskünste auch nicht ersehen.

Eine zweite Anklage gegen Dr. Wille. Nachdem Dr. Bruno Wille in Graz nach Hinterlegung von 2000 Gulden Kaution aus der Haft entlassen worden ist, hat man ihm auch aus Wien eine Anklage zugehen lassen. Dr. Wille hatte am 29. Juni im Anschluß an den „Deutschen Arbeiterkongreß“ in öffentlicher Volksversammlung den gleichen Vortrag über das Thema „Religion der Freude“ gehalten, der die Veranlassung zur Auflösung der Versammlung in Graz gegeben hatte.

Die städtischen Volksbibliotheken. Aus dem neuesten Verwaltungsbericht der städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen, welcher Ende dieses Monats im Druck erscheinen wird, berichtet das „Berl. Tagebl.“ folgendes: Die Verwaltung geht damit um, nach dem günstigen Ausfall der Offenhaltung der Volksbibliotheken Nr. 1, 16, 20 und 27 in den Abendstunden auch noch bei anderen Bibliotheken Abenddienst, trotz der entstehenden Mehrkosten einzuführen.

Kriegervereiner. An das preussische Kriegsministerium ist seitens verschiedener Kriegervereine eine Eingabe gerichtet worden, in welcher darum gebeten wird, daß das Tragen der Uniform an Feiertagen und bei anderen festlichen Anlässen auch den Feldweibern und Unteroffizieren des Verurlaubtenstandes, die das silberne Vorteepe zu tragen berechtigt sind, gestattet werden möge.

Gegen die Konkurrenz der Fahnen schmiede halte der Vorstand des Innungsverbandes „Bund deutscher Schmiede-Innungen“, Obermeister Bernick-Berlin, am 15. Juni d. J. eine Beschwerde-Eingabe gerichtet, welche das Kriegsministerium, Allgemeines Kriegs-Departement, nunmehr wie folgt beschieden hat: „Dem Vorstände erwidert das Departement folgendes: ergeben: Nach § 43 des Reichs-Militärstrafgesetzes ist den Militärpersonen der Betrieb eines Gewerbes gestattet, wenn ihnen seitens ihrer Vorgesetzten die Erlaubnis dazu erteilt wird.“

Nach unserer Meinung sollte der Soldat keinem bürgerlichen Beruf Konkurrenz machen und das Verlangen der Schmiedemeister war deshalb ein sehr berechtigtes. Ebenso wie wir es verurtheilen, wenn Soldaten zur Hilffleistung im Postdienst, bei Erntearbeiten und als Kreuzer zur Jagd herangezogen werden, halten wir das Hineinübergreifen in Handwerksbetriebe als mit dem ganzen Wesen des Militärischen im Widerspruch stehend.

Zu besonderer Vorsicht mahnt ein Vorgang, welcher zur Wintervergiftung bei zwei Personen geführt hat. Der in der Einienstraße wohnende Handelsmann Herzberg hatte sich vor einigen Tagen dadurch eine Wintervergiftung zugezogen, daß er sich im Schlaf am Fuß trankte, wodurch eine leichte Wunde entstand. Da das Wein anschwell, so wurde der Arzt Dr. Krawski zugezogen, welcher eine bereits weit vorgeschrittene Blutvergiftung konstatierte. Die Vergiftung war vermuthlich durch Unreinlichkeit unter den Fingernägeln hervorgerufen. Die Gattin des Kranken hatte nun beim Anlegen eines Verbandes mit der Hand die Wundstelle berührt. Mit der betreffenden Hand strich sie sich, ohne sich gewaschen zu haben, über die rechte Wange, an welcher sie eine kleine Risnwunde hatte. Es entstand infolge dessen eine Wintervergiftung und das Gesicht schwall unformlich an. Herr Dr. K. hat nun auch die Frau in Behandlung nehmen müssen, doch dürften beide Eheleute mit dem Leben davon kommen.

Eine schwere Strafe hat die Soldaten getroffen, die, wie wir vor längerer Zeit berichteten, auf dem Tempelhofer Felde ein Mädchen vergewaltigten. Ein Eisenbahnpionier vom 2. Regiment hatte mit dem Dienstmädchen eines hiesigen Professors ein Liebesverhältnis angeknüpft und ging öfter mit ihm zum Tanze. Eines Abends gefielen sich zu dem Paare, als es auf dem Heimwege über das Tempelhofer Feld ging, noch andere Eisenbahnpioniere und Lustschiffer und das Mädchen wurde von den Soldaten einseitig seines „Geliebten“ vergewaltigt. Nachdem der Dienstherr der Vergewaltigten Anzeige erstattet hatte, wurde eine strenge Untersuchung angestellt. Die Thäter meldeten sich schließlich freiwillig, theils wurden sie anderweitig ermittelt; es waren vier Mann vom Eisenbahn-Regiment Nr. 2 und zwei Mann von der Militär-Lustschiffer-Abtheilung. Alle sechs sind jetzt verurtheilt und zur Verbüßung ihrer Strafen gestern und heute abgeführt worden. Zwei Eisenbahn-Pioniere und ein Lustschiffer erhielten Zuchthausstrafen und wurden aus dem Heere ausgeschlossen; sie wurden nach Sonnenburg übergeführt. Die drei anderen Theilhaftigen kamen mit Festungsgefängnis davon und wurden nach Spandau gebracht.

Gestohlene Sachen. Das Polizeipräsidium theilt mit: In den Wohnungen zweier in Haft genommener Verbrecher, welche im Norden der Stadt gewöhnlich Sonntags Einträge ausgeführt haben, wurden eine Menge Sachen vorgefunden, deren Eigenthümer bisher nicht zu ermitteln waren: u. a. ein großer Posten Tafelstücher und Handtücher gezeichnet M. S., W. J., W. J., M. S.,

S. G., C. S. D., N. S., G. P., S., R. B., C. S., A. F., A. B., D. S., in getrennten Buchstaben. C. J., A. S., B. J., G. S., A. B., C. N. in Monogrammen. A. S. roth und blau gestrichelt, sowie mehrere Lächer und Fische gez. Außerdem ein Friseurmantel G. J. gez. Gardinen, Damenkleider, Herrenkleider, eine goldene Damen-Remontrirer Nr. 6541, eine silberne Herren-Remontrirer, obere Kapfen ausgedreht und mit Faltenkreuz versehen, Nr. 192 579, goldene Ringe, Ketten u. s. w. Die Diebstähle sind in dem letzten Halbjahr ausgeführt und wöhlen sich Inlagensystem im Königl. Polizeipräsidium, Zimmer 37, in den Vormittagshunden von 9—12 Uhr einfinden. Am 24. Mai d. J. ist bei einem hiesigen Pfandleiher ein goldener Kränzer gez. I. 10. 1892 zum Verkauf gekommen. Der Verkäufer, ein mehrfach vorbestrafter junger Mensch, macht über den Erwerb des Ringes unglaubwürdige Angaben. Der Eigentümer des Ringes wird ersucht, sich an einem der nächsten Wochentage während der Vormittagshunden von 9—12 Uhr bei der Kriminal-Abtheilung des Polizei-Präsidiums, Eingang II, (an der Stadtbahn), 2 Treppen, Zimmer 244, einzufinden.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Das von dem Geheimen Medizinalrath Professor Dr. Koch erfundene neue Heilmittel gegen die Tuberkulose (T. R.), welches von den Fachwerken Meister Lucius und Brüning zu Höchst a. M. unter der Bezeichnung „Neues Tuberkulin Koch“ in den Handel gebracht wird, ebenso wie das alte Tuberculinum Kochii darf — abgesehen vom Großhandel — nur in Apotheken abgegeben werden. Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe der Mittel in den Apotheken sind nachstehende Anordnungen getroffen worden: 1. Das „neue Tuberkulin Koch“ ist unter den Separanden vor Dicht geschützt aufzubewahren. 2. Dasselbe ist nur in den unverfälschten Originalpackungen und nur gegen schriftliche Anweisung eines approbirten Arztes an diesen selbst oder an eine von ihm beauftragte Person abzugeben. 3. Der Verkaufspreis des „neuen Tuberkulins Koch“ wird hiermit (einschließlich der Verpackungskosten) für das Fläschchen mit 1 cem Inhalt auf 8,50, für das mit 6 cem Inhalt auf 42,50 M. festgesetzt.

Der Brand am Hausvogteiplatz hat wieder gezeigt, daß die großen modernen Baarenhäuser, in denen die Eisenkonstruktion so sehr bevorzugt ist, auch große Gefahren in sich bergen. Ein Haus mit massiven Wänden und Decken, die auf Balken aus gutem Kernholz aufliegen, und in denen sich weder Dichtlöcher noch Festschäfte und Transmissionschächte oder dergleichen befinden, ist sicherer und kann von der Feuerwehre wirksamer geschützt werden. Ein Feuermann wird ohne Jagen sich in ein solches brennendes Haus begeben und die Balken bis zum letzten Augenblick als Stützpunkt benutzen. Einem eisernen Träger aber sucht jeder möglichst aus dem Wege zu gehen. Der Träger wird glühend, biegt sich durch und reißt dann beim Einsturz infolge seiner Schwere die stärksten Mauern mit sich fort. Ein Balken oerdrennt wohl, bleibt aber bis zum letzten Augenblick in seiner Lage, und trägt selbst dann noch, wenn er schon an allen Enden brennt.

Water und Sohn in der Ostsee ertrunken. Seit acht Tagen befindet sich der Rentier Alois Panten, Luisen-Ufer 10, mit seiner Frau und sechs Kindern bestehende Familie in dem Bad Stoltenhagen an der Ostsee. Am Dienstag früh 11 Uhr badete Herr Panten mit seinen beiden Söhnen, dem 15-jährigen Max und dem 12-jährigen Alfred bei hohem Seegange in der See, als Max, der ältere, plötzlich um Hilfe rief. Als der Vater den Hilferuf hörte, bemerkte er, daß sein Sohn Alfred von einer Welle weggerissen und in die hohe See geschleudert war. Um ihn zu retten, schwamm der des Schwimmens kundige Vater nach der Stelle, wo Alfred in Gefahr war, wurde aber nun von einer anderen Welle mit seinem Sohne in die brausende See gerissen. Eine Viertelstunde später wurden die Leichen der beiden ans Land gespült.

Aus einer Kopfwunde blutend und hilflos daliegend wurde gestern der 59-jährige, wohnungslose Arbeiter Robert Rankan in der Gleimstraße aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Wie er zu der Verletzung gekommen ist, weiß man noch nicht.

Weil ihm seine Stellung gekündigt worden war, hat sich der 58 Jahre alte Förstner Ferdinand Wendelsdorf aus der Kurfürstlichen Straße das Leben genommen. Wendelsdorf hatte seit Jahren die Förstnerstelle auf dem militärärztlichen Grundstück Kurfürststraße 63—69, auf dem die Bureau der Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen, des Ingenieurkomitees u. untergebracht sind. Der Mann hatte sich mehr und mehr dem Trunk ergeben und das mag wohl dahin geführt haben, daß ihm gekündigt wurde. Nachdem ihm vor einigen Tagen mündlich mitgeteilt worden war, daß er seinen Posten nicht behalten könne, hat er die schriftliche Kündigung nicht erst erwarten wollen. Seit vorgestern Abend vermißt man ihn. Gestern Nachmittag zwischen 8 und 4 Uhr fand ihn eine Ordnungsmann im Vorgarten des ausgebeuteten Grundstücks als Leiche wieder.

Von einem Omnibus überfahren wurde gestern in der vierten Nachmittagsstunde der 24 Jahre alte aus Gollwitz gebürtige Arbeiter Michael Bruchmann an der Ecke der Invaliden- und Gartenstraße. Mit einer schweren Kopfverletzung wurde er in ein Krankenhaus gebracht. Auf Augenzeugen machte es den Eindruck, daß er sich selbst in der Trunkenheit vor die Räder geworfen habe.

Zwei größere Brände hatte die Feuerwehr am Donnerstag Vormittag zu löschen. In der Gartenstraße 174, einer mächtigen Mietshausanlage, stand nach 10 Uhr der Dachstuhl in großer Ausdehnung in Flammen, die an Brennmaterialien und allem Hausrath der vielen Miether reiche Nahrung fanden. In der Invalidenstr. 187 brannte in einem Keller ein Lager von Spiritus und nebenan ein solches von Petroleum. Es bedurfte der größten Anstrengung seitens der Wehr, um beide Feuer auf ihren Heerd zu beschränken.

Am Freitag Vormittag brannte es auf dem Boden des Hauses Genußstraße 18. Das Feuer wurde bald gelöscht.

Gesperrt wird die Sommerstraße von dem Brandenburger Thor bis zum Reichthaus-Ufer und die Dorothienstraße von der Sommerstraße bis zur Neuen Wilhelmstraße behufs Umbaus von Pferdebahn-Gelassen vom 19. d. M. ab bis auf weiteres.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Reinickendorf, Eichbornplan, Ziegel, Hermsdorf, Dalldorf, Weidmannslust, Lützbars und Schönholz werden ersucht, die am Sonntag den 19. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witticher in Reinickendorf, Warke 1 und 2, stattfindende Generalversammlung des Arbeiter-Vereins zahlreich und pünktlich zu besuchen. Der Vorstand.

Achtung, Parteigenossen Weihensee! Sonntag, den 18. Juli findet eine Agitationsreise statt. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Weissen-Müller, König-Charfsee 88. Zahlreiche Theilnahme erwartet der Vertrauensmann, Robert Pasewaldt, Weihensee, Meyerstr. 11.

Der Bau der Eisenbahn Weeskov—Königs-Wusterhausen wird nunmehr in Angriff genommen werden. Bereits sind Vorarbeiten getroffen, zunächst auf der Strecke Weeskov-Storow mit den erforderlichen Erdarbeiten zu beginnen. Seitens des Landraths ist nämlich an diejenigen Besitzer, welche zum Bau der Eisenbahn Land abgetreten haben, die Weisung ergangen, für die Abentung des auf der Bahnlinie befindlichen Getreides Sorge zu tragen. In längstens zwei Wochen soll der erste Spatenstich erfolgen.

Ueber die wahrhaft vernichtende Wirkung der bei der Haberisation von Chemikalien sich entwickelnden Dämpfe, selbst auf erhebliche Entfernungen hin, bekommt man einen sehr anschaulichen Begriff, wenn man gegenüber der auf dem linken Ufer der Oberpreß liegenden Runheim'schen Fabrik chemischer Produkte die auf dem rechten Ufer nach Ober-Schöneeweide führende Chaussee entlang geht. Hier befindet sich eine Kiefernhaide, die im Sommer sehr viel von den meist nach Südosten abziehenden Dämpfen der Fabrik befruchtet wird. Infolge dessen trocknen die Kronen der Bäume nach und nach vollständig ein und die Rinde löst sich vom Stamme, so daß die Bäume allmählich zu

gründe gehen müssen, weshalb denn auch der Forstfiskus die Haide jetzt ganz abholzen lassen und das Land verkaufen will. Dergleichen üben die Dämpfe der Chemikalien auf die Vegetation der Pflanzen der in der Nähe der Fabrik liegenden Felder und Gärten einen überaus hemmenden und schädlichen Einfluß aus. Früher lag die Runheim'sche Fabrik belanlich in Berlin in der Bergmannstraße und verpfechte hier mit ihren Dämpfen die ganze Umgebung, bis endlich den Klagen und Petitionen der Bewohner nachgegeben und die Fabrik nach außerhalb verlegt wurde.

Von seinem eigenen Fuhrwerk getödtet ist vorgestern Abend in der Berlinerstraße zu Tempelhof vor dem Restaurant des „Tempelhofer Tivoli“ der Fuhrknecht Fritz Müller aus Telz. Er passirte um die genannte Zeit die Straße mit einer Ladung Mais. Da der Wagen sich auf den Pferdebahnschienen befand, wollte Müller dem Glockensignal der hinter ihm heransahenden Pferdebahn Folge geben und nach rechts ausweichen. Hierbei kam er zu Falle und geriet unter seinen eigenen Wagen, wobei ihm die Räder über den Leib gingen. Im Garnisonlazareth, wohin er einwärts gebracht wurde, verstarb der Verunglückte nach etwa 1 1/2 Stunden.

Ein Einbruch, bei dem es zu einer Messeraffäre kam, spielte sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in der Spreestraße in Charlottenburg ab. In einem in der Spreestraße 1 belegenen Partiewaarengeschäft von Leuz war durch Einschlagen der Scheiben ein Einbruch versucht worden, der von dem im Nebenhause wohnenden Lieutenant d. R. Michailisen so rechtzeitig entdeckt wurde, daß sich der erwähnte Offizier mit seinem Burken an eine schleunige Verfolgung des Einbrechers machen konnte. In der Uferstraße wurde der Flüchtling eingeholt und angehalten; hierbei zog der Einbrecher plötzlich ein dolchartiges Messer hervor und stieß nach dem Lieutenant. Dessen Burcke parirte den Stich und wurde infolge dessen leicht an der Hand verletzt. Es gelang herbeigeeilten Personen, den Messerhelden, einen bereits mehrfach vorbestraften Verbrecher, zu überwältigen und nach der Wache des dritten Polizei-Distrikts in der Spreestraße zu schaffen.

Pferd und Wagen gestohlen wurde kürzlich der Firma Bach u. Mahlow in der Neuen Schönhauserstraße hier selbst, als der Fuhrknecht des Geschäftes sich auf kurze Zeit in ein in der Bülowstraße belegenes Lokal begeben hatte. Der Fuhrknecht ist jetzt von der Hildorfer Polizei in der Person des Arbeiters Karl Lange aus der Goltstraße in Schöneberg ermittelt und festgenommen worden. Der Dieb, der erst vor kurzem von Hamburg nach dort übergeführt ist, hatte sich mit seinem Raube nach Hildorf gewandt, um das Fuhrwerk dort an den Mann zu bringen, wobei er in einer Restauration in der Kaiser Friedrichstraße daselbst als verdächtig angehalten wurde. Bei seiner Vernehmung bestritt Lange entschieden den Diebstahl, indem er behauptete, daß Pferd sei mit ihm durchgegangen.

In der Spandauer Mordaffäre wird noch mitgetheilt, daß der unbekante Entführer der Varendorf schon mehrfach bei Bootsfahrten Kinder zu sich genommen hatte, und zwar nicht nur Mädchen, sondern auch Knaben. Am 30. Juni hatte der Unbekante unter anderen auch mit zwei Knaben, deren einer einen Hund bei sich hatte, eine Spazierfahrt unternommen. Bei der Abfahrt der Gens und Varendorf fanden zwei Knaben am Ufer, welche dem Fremden zuwinkten. Der Entführer erzählte nun den beiden Mädchen, daß er die beiden Knaben bereits am Tage vorher im Boot gefaßt und sie auch jetzt wieder abholen wollte. Da dieselben zu spät gekommen, so habe er hierfür die Mädchen in das Fahrgezeig aufgenommen. Da die Knaben, welche das fragliche Boot benutzte, bisher noch nicht bekannt geworden, so wäre es im Interesse der Untersuchung wünschenswerth, daß sich dieselben bei der Polizeibehörde in Spandau melden würden.

Die Königl. Staatsanwaltschaft des Landgerichts II giebt folgende Beschreibung des mitmaßlichen Mörders:

Etwa 1,70—1,72 Mtr. groß, dunkelblondes Haar, welches gekämmt und schief geschneit war; breite Stirn; große Nase mit einem Höcker; Gesicht lang und bräunlich; kleiner Schnurrbart, etwas heller wie das Kopfhaar; keine Narben neben den Ohren; Wangen voll und rund, aber nicht roth; Augenbrauen hell und dünn; Hände weich und glatt, nicht wie die eines Arbeiters, auch die Sprache deutete nicht auf eine dem Arbeiterstande angehörige Person. Die Angaben über das vermuthliche Lebensalter schwanken zwischen 24 und 52 Jahren. Sein Anzug war: Jackett von dunkler Farbe, mit dünnen hellen Streifen, schwarz und braun gestreiftes Poje. Weißer Halskragen (auscheinend Stiefkragen), weiße Kravatte, die auf der Brust herunterließ und unter der Weste endete, von einer Nadel mit gelbem Steine gehalten, weißes Hemd. An der linken Hand goldener Ring ohne Stein. Poje Stulpen, die beim Rudern über die Hände herabfielen. Weißer schwarzer Filzhut, in der Mitte eingelebt mit breitem schwarzen Bande, Gummiband zum Festhalten, breite Krempe. Keine Brille, auch keinen Kneifer.

Wer über die Personalien des Mannes Auskunft geben kann, wird ersucht, unverzüglich der oben erwähnten Staatsanwaltschaft oder der Polizeiverwaltung in Spandau Mittheilung zu machen.

Das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens scheint auch die 54-jährige Helene Reinicke aus Kremmen geworden zu sein, über deren Verschwinden Mitte vorigen Monats berichtet wurde. Wie sich herausgestellt hat, ist die Helene Reinicke in der Nähe von Hennigsdorf in Begleitung eines unbekanten Mannes auf dem Wege nach Berlin gesehen worden, als beide an der dortigen Schneidemühle vorübergingen. Es ist bemerkenswerth, daß Hennigsdorf nur 6 Kilometer von Telz, jenem Amtsbezirk entfernt liegt, in dem die Martha Varendorf ihr suchbares Ende gefunden hat. Auf die Ermittlung resp. Auffindung der verschwundenen M. hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Theodor Mommsen vollendet am 30. November d. J. sein 80. Lebensjahr. Die Gemeindebehörde von Charlottenburg, wo der greise Gelehrte wohnt, wird eine besondere Feier veranstalten.

Kunst und Wissenschaft.

— **Königl. Nationalgalerie.** Unter diesem Spitzittel lesen wir in der „Kunst-Halle“: Wie uns berichtet wird, hätte die jetzige Verwaltung dieser Staatssammlung das langjährige und weiblich ausgenutzte Privileg des Otto Troitzsch'schen Verlages, wonach dieser unter der gütlichen Firma: Vereinigung der Kunstfreunde für die amtlichen Publikationen der Kgl. Nationalgalerie die Meisterwerke im Staatsbesitz gegen geringe oder gar keine Entschädigung farbige reproduzieren durfte, endlich aufgelöst. Wenn sich diese längerwartete, aber bisher immer noch ausgebliebene Nachricht bewahrheiten sollte, wird sie jedenfalls in Künstlerkreisen mit der größten Genugthuung aufgenommen werden. Wie bedeutend übrigens die aus jenem Privileg entfallenden Vorteile gewesen sein müssen, geht schon daraus hervor, daß der Otto Troitzsch'sche Verlag jetzt unter Mitwirkung des früheren Direktors der Nationalgalerie, Herrn Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Max Jordan, unter dem jenes sonderbare Privileg geschaffen wurde, in eine Aktiengesellschaft verwandelt werden soll.

— **Mit der Anwendung der X-Strahlen.** Untersuchungen auf Lebensmittel hat Dr. Wilhelm Thöner im Berliner chemisch-analytischen Laboratorium interessante Resultate erzielt. So sind reine Wehl- und Stärkekörner, Honig und Zucker leicht durchlässig; ein Zusatz von kohlensaurem Kalk, Gips oder Schwerpat ist durch die geringere Durchlässigkeit leicht zu konstatieren. Geschmolzene Butter, Talg, Schmalz und Margarine, Pflanzenöle und Oele erwiesen sich als annähernd gleich durchlässig, wurde aber a. B. die Butter mit Kochsalz durchsetzt, so war diese Manipulation bei der Durchleuchtung mit X-Strahlen deutlich bemerkbar. Weizenbrot war am leichtesten durchlässig, hieraus folgten Roggenbrot und gesäuertes Graubrot, dann das ungesäuerte Graubrot und schließlich das Schwarzbrot oder Pumpernickel. Rahm, Vollmilch, Magermilch,

hart gewässerte Milch und reines Wasser erwiesen sich in 2 Centimeter dicker Schicht annähernd gleich durchlässig, ähnlich verhielten sich Bier, Weine und Spirituosen. Bei den Kaffeebohnen ließ sich nicht nur der Schitz, sondern auch die Struktur der Samenlappen auf dem Schirm erkennen. Während reiner Thee ziemlich leicht durchlässig ist und kein charakteristisches Schattenbild giebt, ist der mit anorganischen Farbstoffen aufgefärbte oder beschwerte Thee mehr oder weniger undurchlässig. Bis jetzt war noch keine Methode bekannt, in einfacher und schneller Weise beim Einkaufe festzustellen, ob Kaffeebohnen, Wallnüsse, Knochensalze, Parannaße u. s. w. und voll oder alt und taub oder verdorben und wurmförmig sind. Hierzu eignet sich die Durchleuchtung mit X-Strahlen ganz vorzüglich, der Inhalt der Nüsse ist deutlich auf dem Schirme zu erkennen.

— **Ein prähistorischer Fund.** In Goldbach bei Aischaffenburg hat man in einem Hümmengrab folgende Funde gemacht. 1. fünf massive Fuhringe, 2. zwei Armreife, 3. drei Ohrringe, 4. ein Kollier mit neun Kugelbelegungen, 5. zwei massive Armringe (vollgegossen), 6. zwei Spiralarmbänder, 7. zwei eiserne Messer beziehungsweise Dolche in Bruchstücken, 8. zwei eiserne Ringe, 9. zwei Feuersteinmesser, 10. zwei Zeichen-Ufennurten, 11. ein Trindbecher, 12. zwei Pakete Urnenscherben. Die Gegenstände unter Nummer 1 bis 5 sind von eigenartiger Bronze. Die Feuersteinmesser datiren, soweit sich aus der Art der Scherben schließen läßt, über 1500 Jahre vor Christi zurück. Die Armbands-Spiralen, noch prächtig federnd, fallen in den Beginn der Hallstatt-Periode, also etwa um 800 vor Christi, die übrigen Bronzen sowie die Eisensunde entstammen der Blüthe der Hallstattzeit (500 vor Christi). Ein der Messer muß als Dolch mit Knopf auf dem Uebergang zwischen Neolith und Bronze angesprochen werden.

Vermischtes vom Tage.

— **Für zehn Pfennig Athem.** An den stellvertretenden Herrn Vorständen des Amittungsarten-Magazins der Alters- und Invaliden-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg zu Berlin. So lautet eine Adresse, die sogar nicht selten geschrieben werden muß.

— **Ein Mondregenbogen** von großer Schönheit wurde, wie man der „Post. Ztg.“ schreibt, am 13. Juli abends gegen 9 Uhr in Gaiu im Riesengebirge beobachtet. Den ganzen Tag über waren einzelne gewitterartige Schauer mit Nordwind gegen den Kamme getrieben worden. Als abermals ein solcher um die erwähnte Zeit heraufzog, leuchtete der aufgesetzene Mond durch die Lüden des Gewölks in die fallenden Regentropfen und erzeugte jene seltene Erscheinung. Der Bogen hob sich auf der dunklen Wolkenwand scharf ab, reichte bei dem niedrigen Stande des Gestirns zu bedeutender Höhe und blieb über zehn Minuten sichtbar.

— **Wilhelm Preyer**, der von Jena her bekannte Physiologe, ist in Wiesbaden gestorben. Von seinen Büchern erlangte „Die Seele des Kindes“ die weiteste Verbreitung. Preyer, der volkshämlich zu schreiben verstand, war in Deutschland einer der ersten, die die Darwin'sche Theorie mit Geschick und Fähigkeit verstanden.

— **In Rieburg** an der Weser hat sich ein 12-jähriger Schulfreud erküht. Das Motiv zum Selbstmord ist noch nicht aufgeklärt. In den Fischen des Totbets lag ein Zettel mit den Worten: „Gott sei nicht mit Euch“ und „Jede Nacht, um Mitternacht, will ich Euch erscheinen.“

— **In Nieder-Olm** bei Mainz schoß ein Mühlenbesitzer auf die ihn verfolgende Gendarmerie. Ein Wachtmeister und ein Polizeibehrer wurden lebensgefährlich verletzt.

— **In Brebach** wurde nach der „R. Z.“ eine Zigeunerbande angehalten, die vor zwei Jahren ein Kind geraubt hatte, das nun bei der Bande vorgefunden wurde. Drei Mitglieder derselben wurden verhaftet.

— **Laibach**, 15. Juli. Das heutige Erdbeben ist fast in ganz Krain verspürt worden; es erfolgte jedoch später und war schwächer als in Laibach. Hier wurden wieder, wie im Jahre 1895, die weißen Häuser auf dem linken Ufer der Laibach beschädigt. Die Bevölkerung hat sich wieder beruhigt.

— **Hayre**, 16. Juli. Der anlässlich des Nationalfestes hochgeblasene Luftballon mit drei Luftschiffern, den man für verloren hielt, ist nach stundenlangem Fahrt über dem Meere ans Land zurückgetrieben worden.

— **Wie die „Now. Wernij“** meldet, sind reiche Goldlager im nördlichen Theile des Gebietes Transbaikalien (Sibirien) aufgefunden worden. Neue und zahlreiche Goldfelder seien auch an einem der Zuflüsse des Flusses Witim entdeckt worden, der in seinem Oberlaufe sich der großen sibirischen Heerstraße nähert.

— **Infolge harter Regengüsse** brach in Mattauwann, im Staate New-York, ein Wasserbehälter. Durch die Fluthen wurden mehrere von Arbeitern bewohnte Kosthäuser zerstört; Neben Personen kamen ums Leben.

Versammlungen.

Die Maurer, welche Anhänger der Vertrauensmänner-Zentralisation sind, nahmen in einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung den Bericht ihres Delegirten vom Halle'schen Kongress entgegen. Kater, der in längerer Rede die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses besprach, bemerkte unter anderem: Das auf dem Kongress festgelegte Programm der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften sei nicht — wie es von anderer Seite behauptet wird — allein das Werk Kessler's, sondern es sei hervorgegangen aus den Anschauungen, von denen alle Delegirten befaßt waren. Alle Beschlüsse seien einstimmig gefaßt worden und glaubt der Redner, daß jetzt die Form der losen Zentralisation einen neuen Aufschwung nehmen werde. Was die Art des in Halle geschaffenen Zusammenschlusses von den Zentralverbänden unterscheidet, sei der Umstand, daß die Geschäftskommission der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften keinerlei diktatorische Befugnisse habe, sondern nur eine rein geschäftliche Thätigkeit ausübe, auch bestrebe sie kein besoldetes Beamtensystem. Von einem Fiskuslammern an die Futtertröpfe könne also keine Rede sein. Bezüglich des neugegründeten Blattes „Die Einigkeit“ sprach der Redner die Erwartung aus, daß sich der Leserkreis so vergrößern werde, wie es den Gegnern nicht erwünscht wäre. Von Seiten der Zentralverbänder würden jetzt alle Mittel angewandt, die geeignet seien, die Lokalorganisationen zu zerstören; daß beweise doch, daß letztere nicht so unbedeutend seien, wie es von jener Seite sonst hingestellt wurde. Duple, Mehlz und Knöppchen bekräftigten ihr Einverständnis mit den Halle'schen Beschlüssen, traten für ihre Organisation ein und ersuchten um treues Festhalten an derselben. Blaurock führte u. a. aus, daß die Mehrzahl der in Berlin gewerkschaftlich thätigen Kollegen der sogenannten lokalen Richtung angehöre. Eine Urabstimmung würde ergeben, daß die Sympathie für den Zentralverband nicht sehr groß sei. Der Redner wandte sich weiter gegen die Aeußerungen der Gewerkschaftspresse über den Halle'schen Kongress und meinte, es genüge wohl, wenn diese Auslassungen ohne jede Bemerkung wiedergegeben würden, wie es in der „Einigkeit“ geschehen sei. Jeder Leser könne sich dann ein Urtheil bilden über die Kampfesweise, welche auf jener Seite beliebt werde. Kater kritisirte die Berichte, welche das Halle'sche Volksblatt über den Kongress gebracht hat, er bezeichnete dieselben als so entstellend, daß man wohl annehmen könne, daß Blatt habe den Kongress herabsetzen wollen. Die Versammlung erklärte sich durch Annahme einer Resolution mit den Kongressbeschlüssen einverstanden, verpflichtete sich, für Durchführung derselben einzutreten, die Kollegen, welche noch nicht organisiert sind, zum Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer heranzuziehen und für die „Einigkeit“ zu agitiren. Hierauf wurde Kater als Vertrauensmann gewählt. Auf Antrag Blaurock's wurden die beiden der Pressekommision des „Bauhandwerkes“ angehörenden Maurer dieses Amtes entbunden, weil die Berliner Maurer lokaler Richtung „Die Einigkeit“ zu ihrem Organ gemacht haben. Die bisherigen Revisoren wurden wieder auf ein Jahr befristet.

Freie Volksbühne. Sonntag, den 18. Juli, Sommer-Fest mit anssorordentlich reichhaltig. Programm von morgens 8 Uhr an: im Schloss Weissensee.

Billets à 20 Pf. sind an der Kasse für Mitglieder und Gäste und in folgenden Zahlstellen zu haben:
 N. Ernst Meyer, Telegrafenstr. 13. G. Mehnert, Dierbachstr. 3. W. Dintelmann, Adersstr. 154. H. Sinze, Danstr. 13. G. Vogel, Demmlerstr. 32. C. Becker, Hindenburgstr. 25 (Ritterstraße).
 G. Dieke, Adersstr. 123. H. Ties, Invalidenstr. 124 (Stettiner Bahnhof). NO. Franz Niemeyer, Weberstr. 19. J. Reul, Barnimstr. 42. O. F. Wille, Andersstr. 26. Max Rottke, Köpenickerstr. 90. G. Jabel, Frankfurter Allee 90. H. Hoffmann, Blumenstr. 14. SO. Paul Nicolad, Schallerstr. 107. G. Böhlert, Rammelsstr. 5. E. Tollsdorf, Sölligerstr. 68. G. Scholz, Brunnengasse 32. S. J. Gähde, Gräberstr. 93. Gottfried Schulz, Admiralsstr. 40a. W. Börner, Ritterstr. 15. G. Roate, City-Passage, Drebbenerstr. 52/53. G. Schurig, Drebbenerstr. 128/129. SW. G. Köhler, Rantierstr. 1. H. Cohn, Lindenstr. 52. H. Büttger, Jossenerstr. 21. W. Werner, Bülowstr. 59. H. Haller, Ballaststr. 16. NW. (Moabit). Dr. Reddemann, Prignitzerstr. 3. C. Alb. Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18. P. Gorch, Gipsstr. 27. B. Scheilbauer, Rosenthalerstr. 64. Rixdorf. Ph. Thomas, Bergstr. 192. Charlottenburg. H. Selin, Wilhelmsburgerstr. 115/116. Der Vorstand.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. Goltzstraße d. Pferdebahn. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten.

Little Parkins u. Miss Lizzi, Transformationskünstler. Theod. Lippardt, Tanzkünstler. Goschw. Tilly, Gesangs- und Tanzduettisten. Emmy Dahl, Viedersängerin. The two Buffalos, Radfahrer - Humoristen. John & Paolo, Circus- u. Pantomimisten. Carla Walton, Kostümbühne etc.
Volksbelustigungen | **Im Saale:**
 aller Art. | **Ball.**
Entrée 30 Pfg.
 Jeden Mittwoch: Kinder-Freudenfest.
 Es ist nur noch ein Sonnabend im August für Vereine frei.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. **Kaffeeküche** v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.

(früher Kämpel), Köpenicker Landstrasse.
 Jeden Mittwoch: Grosses Kinderfest, verbunden mit grosser Verlosung und Volksbelustigungen aller Art.

Ostbahn-Park
 Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
 Aufführung-Gesamtheit.
Neue Attraktions-Nummern.
 Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochentag 10 Pf., Kinder 10 Pf.
 Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Carolinenhof, C. Mandt, Restaurant.

Dampfschiff-Station. [10298*]
 Zwischen Grünau und Schmöwitz schönster Punkt der Obersee.
 Ständige Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. - Wald-Spielplätze.

Wirthshaus Schmargendorf,
 Warnemünderstr. 6, direkt am Wannensee, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeeküche (à Liter 60 Pf.). Vereinen und Gesellschaften ausserordentlich empfohlen. - Borzähl. Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Pagenhofer Bier, Glas 10 Pf. 13218*
 Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Karl Balcer.

Bichelswerder. Der Alte Freund.

Für Landpartien und Ausflüge empfehle mein Lokal. Bräuterkündigung wird vergütet. Auch Dampfveranlagung.
 15949*

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen,

Köpenicker Landstrasse, (4. Lokal hinter der Verbindungsbahn), Restaurant mit grossem Garten (ca. 2000 Bst.), 11. Saal für Vereine (100 Bst.), 2 neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche.

Gastwirthschaft von G. Lindenhayn
 Friedrichstrasse 2. [17888*]
 2 Zimmer von 25-30 Personen.
 Saal bis 80 Personen mit Piano. - Garten u. Kegelbahnen.
Arbeiter-Verkehrslokal.

Hüte nur mit **Parteigenossen!**
 Schirme, Stöcke, Kravatten
Kontrollmarke
 Otto Gerholdt, Drebbenerstr. 2.
 Ecke Schallerstrasse 2.

Achtung! O. J. Engolke, Neue Jakobstrasse 26.
 schen alten Nordhäuser Bitter Nr. 1. - 1/2 Liter 0,50.
 extra alte Biere 1,40. 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Wanzen-Ausrottung mittels Dampf. **Neu!**
 Ist die einzig mögliche radikale Ausrottung von Wanzen und deren Brut aus Klappen, Tapeten, Möbeln, Büchern, Kissen, Koffern etc.
 Anwendung für Jedermann leicht.
 Preis eines Dampfapparates: Größe I Mk. 2,50, Größe II Mk. 5.--
Schwabenfalle „Eclipse“
 Einmalige Gebrauchsgabe. Billiger als Insektendöcker. Aufschärfbar die beste gründliche Ausrottung von Schwaben, Käfern, Heimgästen, Kiefernfliege, Käsefliege, etc. nur Mk. 2.--
 G. Schubert & Co., Berlin SW., Neulirch. 17. I. Ecke (Steinbühl)

Brunhilde! **Roland Cheviot!**
 Unverwundliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma **Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11**
 Weberei und Versand-Geschäft.
 Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch franko zur Verfügung.
 Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.

Verband der in Buchbindereien etc. beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Neue Welt, Montag, den 19. Juli:
Grosses Sommer-Fest
 zur Feier des Guten Montags.
Grosses Konzert. Spezialitäten-Vorstellung I. Ranges.
Grosser Ball im Bal champêtre. **Feuerwerk.**
 Billets à 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Programm an der Kasse.

Montag, den 26. Juli: **General-Versammlung.** Tagesordnung zur Zeit bekannt.
 Sonnabend, d. 31. Juli: **Dampferfahrt u. grosser Sommernachtsball** im Etablissement der Borussia-Brauerei in Nieder-Schöneeweide.
 Abfahrt abends 9 Uhr von Jannowitz-Brücke (Belvedere, Stern-Gesellschaft).
Preis pro Person 0,75 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Heute, Sonnabend, den 17. Juli 1897, in der Aktienbrauerei „Friedrichshain“:
Grosses Sommer-Fest
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Nord“. Turnerische Aufführungen.
Grosses Konzert.
Gesangsvorträge. Fackelpolonaise. Grosser Ball.
 (Näheres das Programm)
 Billets à 25 Pf. sind auf allen Zahlstellen sowie bei dem Kollegen Post, Grünauerstr. 37, v. 1 Tr. zu haben. - Herren, die am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Kaffee in Portionskannen von 2 Portionen an wird im Garten zu nachstehenden Preisen verabreicht: 2 Portionen (4 Tassen) 40 Pf., 3 Portionen (6 Tassen) 60 Pf., 5 Portionen (10 Tassen) 90 Pf., 8 Portionen (16 Tassen) 1,40 M., 10 Portionen (20 Tassen) 1,60 M.



Frosch-Konzert
Halb & Halb
Mampe mit Pomeranzen.
Feinste Likörmischung.
 In 3800 Berliner Geschäften zu haben.
Champagnerflasche M. 1.25.

Unserer verehrten Nachbarschaft sowie Freunden und Bekannten theilen wir hierdurch mit, dass wir von heute ab **Bier** verkaufen und zwar:
Malzbier, Werdacher Bier, Lössener Bier, Weissbier, Braunbier, pro Liter 10 Pf.
Erste Berliner Malz- u. Extrakt-Bierbrauerei
 J. Marcuse & Co., Weihenburgerstr. 35. [31306]

Möbel auf **Teilzahlung.** **Künstliche Zähne.**
 J. Kellermann, Jakobstr. 26. Dr. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Gardinen-Rester-Ausverkauf
 älterer Wäcker in weiss und crème, zu 1-4 Fenstern passend, (preisbillig in dem Gardinenfabrik-Lager Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Fluss (Lein Laden). Restarbeiten treffen täglich ein. Preis nach ausserhalb portofrei.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 21.
 Best. **Balläle** Berlin.
 gelegene Sonntage, Sonntage etc. empfindlich unter besten Bedingungen 21890*
Hch. Metzner Junior.
 NB. Neue Leistung! Neues Licht!
Schulz' Festsäle, vorm. Paster
 Neue König-Strasse 7.
 Jeden Donnerstag: 18880*
Damen-Kränzchen.
 Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
 Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth.
„Bierdebnat“, Köpenick
 schöner Landwald u. größte Spielplätze b. Ring, gr. Saal u. Halle, Kaffeeküche, Kegelbahn, Schickhand. W. Magdeburg.
 Wwe. Kämpel's Bierhalle, Treptow, Parkstrassen-Ecke.

Grünau.

G. Wagner's Restaurant
 früher **Lietke.**
 Großer Saal, Garten, Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung.
Haferland's Restaurant,
 Ober-Schöneeweide,
 empfindlich seinen Saal, Garten, Kegelbahn, Kaffeeküche. Solide Preise.

Treptow.

Restaurant Jägerheim
 Köpenicker Landstrasse.
 Schattiger Garten, 4 Kegelbahnen, Kaffeeküche empf. **Fritz Blachowski.**
Restaurant Klugmann,
 Runowstrasse, Chausseehaus.
 herrlicher, schattiger Garten, Raturwald, 5000 Personen fassend, überaus beste Kegelbahnen, Kaffeeküche.
Sonntag, 18. Juli:
Dampfer-Extrafahrt
 nach Stralanderhagen am Wannensee. Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der Stralander Brücke. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis 50 Pf. und Rückfahrt 50 Pf.
 Jeden Dienstag nach Starob. Jeden Mittwoch nach Teupitz. Abfahrt 7 Uhr morgens.
 L. Kahnt, Steinstr. 28.

Nonnenberg's Restaur.,

Treptow, Parkstrasse.
 Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.**
 Schöner Garten, gr. Saal, Kaffeeküche.

Lanolinseife!

macht die Haut ganz u. geschmeidig. 1 Etich Lanolinseife und ein reines Sandbad liefern sich f. 10 Pf. u. Wode. Handbuch-Verlag, Just. E. Figuer, Neue Königstr. 17. Fernspr. Amt VII. Nr. 2087.

Arbeitsmarkt.

Zentral-Arbeitsnachweis der Töpfer Deutschlands,
 Berlin, Rosenthalerstr. 57.
 Zweiter Eingang Gormannstraße.
 Einige unverschämte Kollegen können durch unseren Arbeitsnachweis sofort Arbeit nach Ausserhalb nachgeschiehen erhalten. Wir heben ausdrücklich hervor, dass speziell diese offenen Stellen sich für Verheiratete nicht eignen.

Für eine Convertfabrik

wird ein jüngerer Maschinenmeister, der genau mit Convert-Maschinen umzugehen versteht, auch die Oberaufsicht im Arbeitslokal verantwortlich übernehmen muß, per sofort gesucht. 31268
 Offerten m. Gehaltsansprüchen unter Chiffre **Z. 1** an die Exped. d. Bl.

Fähigkeitsarbeiter gesucht!

Gebildete Einzelner-Gesellen auf gewerbliche Kinderkleidung sucht 31256 **Graef, Köpenickerstr. 147.**

Tüchtige Schlosser

a. Weidstranbau bei haben, dauernden Verdienst gesucht. **S. J. Arnheim,** 21890* Badstr. 40/41.

Gas und Wasser.

Tüchtige, durchaus sauber und selbständig arbeitende **Monteure,** welche mit besserer Hausinstallation vertraut sind, für dauernde Arbeit bei gutem Lohn von einem Installation-Geschäft Westdeutschlands per sofort gesucht. Wohnungen ohne Bezugnisse finden keine Berücksichtigung. Offerten unter **J. 35** an **Haasenstein & Vogler A. G., Dortmund.**